

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 183.

Donnerstag, den 7. August 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Reinigung.

Der Ausgang des ersten Krupp-Prozesses bestätigt und unterstreicht das große Verdienst, daß sich die sozialdemokratische Opposition im Deutschen Reichstage wieder, wie schon so oft, um die Reinigung des öffentlichen Lebens erworben hat. Es ist bewiesen, daß zwischen der Heeresverwaltung und der Firma Krupp unterirdische Beziehungen bestanden, die unlauter, dem Allgemeinwohl schädlich, der Reichssicherheit gefährlich waren. Man mag mit Recht der Meinung sein, daß das Urteil die eigentlich Schuldigen nicht trifft, aber man wird nicht bestreiten können, daß der Prozeß eine heilsame Lehre für alle ist, die die Wege der Brandt, Tilkán und Genossen gewandelt sein mögen, und daß er in diesem Sinne Nützliches erreicht hat.

Gäbe es für die Gegner der Sozialdemokratie etwas wie Unständigkeit und Gerechtigkeit, so würden sie nicht umhin können, dieses sozialdemokratische Verdienst öffentlich anzuerkennen. Eine Ursache, gegen die Sozialdemokratie aus diesem Anlaß vom Leber zu ziehen, kann nur für Leute bestehen, die das Licht und die Reinlichkeit nicht wollen, weil sie sich im Dunkel und im Schmutz viel wohler fühlen. In allen Schimpfskanonaden, die jetzt gegen die Sozialdemokratie, und besonders gegen den Entthüller der Affäre, den Genossen Liebknecht, losgelassen waren, steckt also ein Stück Selbstverächtigung, und es kann dem Staatsanwalt nur empfohlen werden, sich verschiedene Leute, die sich jetzt zur Verteidigung von Thron, Krupp und Armee besonders berufen fühlen, genau anzusehen, vielleicht gibt es da noch überraschende Enthüllungen.

Was ist, was diese verdächtigen Ankläger der Sozialdemokratie vorzuwerfen haben? Daß die Sozialdemokratie im allgemeinen von Krupp und der Heeresverwaltung redet, während es sich doch hüben wie drüben nur um ein paar untergeordnete Stellen handelt. Diese untergeordneten Stellen — der Anklagevertreter sprach geschmackvoll von „feilen Schreiberleuten“ — sind es aber, die sich nachweisbar krimineller Verfehlungen schuldig gemacht haben. Aber den sozialdemokratischen Kritikern kommt es gar nicht darauf an, ob sich dieser oder jener strafbar gemacht hat, auch sie haben sicher Wichtigeres zu tun, als ein paar arme Schächer ins Gefängnis zu bringen. Darum betrachten sie den Fall Krupp auch nicht aus dem engen Gesichtswinkel der Kriminalistik, und sind gerne bereit, allen bekannten und unbekanntem Schuldigen dieser Skandalaffäre milde Urteile im weitesten Umfange zuzubilligen. Die Tilkán und Genossen sahen nichts Urges darin, Geschenke vom Hause Krupp anzunehmen und ihm dafür Amtsgeheimnisse zu verraten, denn sie sahen im Hause Krupp keine kapitalistische Firma, keine Privatperson, sondern sie betrachteten es gewissermaßen als eine besonders hochstehende, besonders bevorzugte Staatseinrichtung, und sie glaubten als aufmerksame Leser der Hofnachrichten auch allen Grund für diese ihre Auffassung zu haben. Sie kannten die intime Freundschaft zwischen den Häusern Krupp und Hohenzollern, und glaubten sich durch diese Beziehungen nicht nur vollkommen gedeckt, sondern vielleicht auch geradezu verpflichtet. Das war eine falsche Auffassung, für die sie jetzt büßen müssen, aber nichts ist ihnen mehr zu glauben, als ihre Betenerung, daß sie sich bei ihrem allzu intimen, die Grenzen der Beamtenpflicht weit überschreitenden Verkehr mit einem Vertreter des Essener Erzhauses nichts Böses benützt waren.

So hat der Prozeß gerade das bewiesen, was zu beweisen in der sozialdemokratischen Absicht lag. Die Sozialdemokratie hat den Kampf gegen die Korruption nie nach der Art jener oberflächlichen Korruptionstriebe geführt, die da meinen, käufliche Schurken regierten den Staat, und es sei nur notwendig, diese Übeltäter zu entfernen und ehrliche Menschen an ihre Stelle zu setzen, um alle Dinge der Welt zum Besten zu wandeln. Sie weiß, daß die Menschen das Produkt der Verhältnisse sind, und diese gesellschaftlichen Verhältnisse aufzuhellen und zu verändern, das ist's, worauf es ihr ankommt. Erscheinungen, wie sie im Krupp-Prozeß zutage getreten, wären unmöglich, wenn die Rüstungsindustrie staatlich wäre. Nicht die Fehlbarkeiten einzelner Menschen stehen vor dem Gericht der sozialdemokratischen Kritik, sondern das privatkapitalistische System, dessen Unbrauchbarkeit, Unmöglichkeit, dessen Unlauterkeiten und Gefahren gerade auf dem Gebiete des Rüstungswesens jetzt für jeden, der sehen will, klar zutage liegen. Um die Sache handelt es sich, nicht um den Namen. Ob nun einem „Panama“ geredet werden kann oder nicht — welche Kleinliche Frage! Wenn der Anklagevertreter den stolzen Ausspruch tat, das Wort Panama sei nicht auf deutschem Boden gewachsen, so erinnert man sich daran, daß auch der Reichskanzler Bülow einst in den

Kämpfen gegen das persönliche Regiment das Wort „Kamarilla“ für ein Fremdwort erklärte und meinte, dergleichen sei in Deutschland nicht zu finden. Mag solches Jurischreden vor einem Wort der Angst davor entspringen, das Kind beim richtigen Namen zu nennen, oder der Gewissenhaftigkeit des Philologen, der Buchstaben sieht und Laute wägt, jedenfalls kann ein solcher Wortstreit nur dazu dienen, den Kern der Sache zu verdunkeln. Panama oder nicht! Es sind durch den ersten Krupp-Prozeß gefährliche und bedenkliche Zustände aufgedeckt und zugleich durch die eindringliche Kraft der Tatsachen selbst die Wege zu ihrer Beseitigung gewiesen worden. Das ist, um es nochmals zu sagen, ein sozialdemokratisches Verdienst und ein sozialdemokratischer Erfolg.

Immer ein bißchen anders.

Aus Konstantinopel, 31. Juli, schreibt man:
Selten sind der Nationalismus und der religiöse Fanatismus so blutig ad absurdum geführt worden, wie in diesem Kriege. Dieser neue Kreuzzug endete damit, daß in den von der türkischen Armee auf neue besetzten Gebieten die Türken als Christenbefreier aufgenommen werden. Die Geistlichkeit bezeugt das! Die christliche Geistlichkeit und nebenher auch der jüdische Großrabbiner von Adrianopel! In einem Schriftstück, das sie im Namen der Bevölkerung an den Großvezir gerichtet haben, erklären sie, sie seien „glücklich“, wieder unter die Herrschaft der türkischen Regierung zu gelangen. „Heute sagen wir dem Allmächtigen mit Tränen in den Augen Dank für unsere Rettung und dafür, daß er Ihnen erlaubt hat, uns und unser Gebiet den Händen des Feindes zu entreißen.“ Wenn man liest, was das erwähnte Dokument über die bulgarische Herrschaft in Adrianopel berichtet, so wird man allerdings diesen Jubelausbruch nicht ganz unbegreiflich finden. Danach wurden von den Bulgaren vor ihrem Rückzug aus Adrianopel „48 griechische Einwohner mit gebundenen Händen in die Mariha geworfen“. Einige Griechen sollen von den Bulgaren lebendig verbrannt worden sein. Dies alles wird bestätigt: für die muselmanische Gemeinde vom Mufti Ahmed Nurn, für die griechische Gemeinde vom Metropolitán Polikarús, für die armenische von der armenischen Nationalvertretung, für die jüdische vom Großrabbiner Chaim Behar.

Die Wege Gottes sind bekanntlich für den gemeinen Menschenverstand nicht immer klar. Die Vorsehung bedient sich der Türken, um die Christen zu befreien, der Christen, um ihre Brüder in Christo zu geißeln. Woraus sich aber keineswegs ergibt, daß die Türken stets und immer in Christenliebe zerfließen.

Vor mir liegt eine Liste der Getöteten und Verwundeten während des jüngsten Massakers in Mogora, in der Umgebung von Rodosto. Die Liste ist von der Kommission aufgestellt worden, die das armenische Patriarchat an Ort und Stelle hingelandt hatte. Zwölf Tote, zehn Verwundete — alle nach Namen, Profession und Alter aufgeführt neben der näheren Remente des Ueberfalls. Außerdem gibt es noch mehrere Vermisste. So nehmen die Türken ihre Revanche. Als Vergeltung hat jetzt die türkische Regierung einige Muselmanen zum Tode und zur Zwangsarbeit verurteilt. Das soll den übrigen Armeniern den Aufenthalt in der Türkei angenehmer machen.

Ob türkisch oder bulgarisch, im Interesse der Bevölkerung läßt sich nur eine Forderung aufstellen: Aenderung des Regimes hier wie dort! Bahn frei der Demokratie! Abschaffung der Pfaffenherrschaft, die sich auf den Fanatismus, der Banditenherrschaft, die sich auf den Nationalismus stützt!

Da meldet sich nun ungerufen der russische Chauvinismus und empfiehlt als Heilmittel für die Wirren des Balkans die Schwächung der Türkei. Adrianopel — erklärt die russische Presse — müsse der Türkei genommen werden, weil sie sonst zu stark werde. Aber wenn die Türkei wieder erstarkt, so ist das doch in hervorragendem Maße russische Arbeit — Arbeit der zarischen Diplomatie, die den Krieg gegen Bulgarien zielbewußt vorbereitete. Die Sache wurde freilich ein bißchen anders, als man erwartete, — aber das ist eben das Unglück der Diplomatie, daß selbst, wenn sie Erfolg hat, die Dinge doch ein bißchen anders werden.

Skizzieren wir kurz den Weg der Diplomatie in den letzten Jahren.

Als die Türkei durch die Revolution zu neuem Leben zu erwachen schien, machte sich die zarische Diplomatie daran, ihr Hindernisse in den Weg zu legen. Sie verhinderte die Anleihe in Paris, um die Türkei finanziell zu schwächen. Als das Geld dennoch durch Vermittlung eines deutschen Konsuliums beschafft wurde, schuf die zarische Diplomatie die Potsdamer Uebereinkunft, die eine neue, für die Türkei ungünstige Orien-

tierung der deutschen Diplomatie bedeutete. Das diplomatische Ziel wurde erreicht. Die Türkei wurde geschwächt und ihrer politischen Stützen beraubt. Bulgarien organisierte die Bandenbewegung in Mazedonien, Oesterreich unterminierte Albanien. Aber es wurde am Ende doch ein bißchen anders, indem die Schwäche der Türkei Station zur Okkupation Tripolitaniens reizte.

Aus der Okkupation entstand ein langwieriger Krieg. Darauf war man nicht gefaßt. Es wurde eben ein bißchen anders. Doch schließlich wurde das Ziel der italienischen Diplomatie erreicht. Indessen wurde aber der Balkankrieg entseffelt.

Dem Balkankrieg ging der Balkanbünd voran, an dem die russische Diplomatie mitarbeitete. Der Erfolg war überwältigend, doch führte er gerade deshalb zu einer außerordentlichen Erstarkung Bulgariens. Wiederum ein bißchen anders, als man erwartete.

Jetzt arbeitete die zarische Diplomatie daran, Bulgarien zu schwächen. Das gelang ihr durch den neuen Balkankrieg. Aber Bulgarien wurde total zerschmettert — wiederum ein bißchen anders, als man erwartete.

Jetzt will die zarische Diplomatie die Sache dadurch besser machen, daß sie auf der anderen Seite die Türkei schwächt. Auch dieses Spiel wird zu dem gleichen Ergebnis führen: ein bißchen anders!

Das dauert aber schon viel zu lange und die Situation wird für Europa selbst immer kritischer! Das beste ist: man lasse die Dinge, wie sie sind und mache Schluß! Parvus.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Geheimnis des Waldenburger Meineidsprozesses.

Der konservative Chefredakteur Lippold, der bekanntlich den ehemaligen Angefallenen der sozialdemokratischen „Schlesischen Bergwacht“ veranlaßt hat, seinen Freund Hoffmann, den Faktor der Zeitung, wegen Meineid anzuzeigen, hat in der Schwurgerichtsverhandlung sich damit gebrüht, daß er stolz darauf sei, diese hohe staatsbürgerliche Pflicht erfüllt zu haben, weil es erst dadurch ermöglicht wurde, die ganze Wahrheit finden zu können. Jetzt veröffentlicht unser Waldenburger Parteiorgan einige sehr kitzliche Fragen an diesen Herrn Lippold, die einmal auf das Prinzip des konservativen Wahrheitsfanatismus ein mehr als zweifelhaftes Licht werfen und zum andern nicht geringes Aufsehen erregen dürften deshalb, weil sie einen Blick hinter die Kulissen dieses ungeheuerlichen, aus maßloser politischer Rachsucht entstandenen Prozesses gestatten.

In der Schweidnitzer Schwurgerichtsverhandlung wurde bekanntlich der Kronzeuge Köhler von der Verteidigung wiederholt gefragt, ob er irgend einen materiellen Vorteil von dem konservativen Redakteur erhalten habe, als er sich zur Anzeige verpflichtete. Köhler beantwortete diese Fragen stets mit nein und der anwesende Zeuge Lippold unterließ es ebenfalls, wegen dieser Frage Klarheit zu geben. Die Verteidigung beschränkte sich schließlich darauf, dem Zeugen Köhler auf den Kopf zuzusagen, daß daß seine spätere Anstellung ein solcher materieller Vorteil gewesen sei. Jetzt hat es aber den Anschein, als ob dieser Köhler außer der Anstellung doch noch andere materielle Vorteile für seine Tat erhalten hat. Unser Waldenburger Parteiorgan hat von vertrauenswürdiger Seite sehr wichtige Mitteilungen nach dieser Richtung hin erhalten. Es fordert auf Grund dieser Mitteilungen den Herrn Lippold auf, sich zu dieser Angelegenheit näher zu äußern und legt folgende Fragen mit der Bitte um Beantwortung vor:

1. Ist es wahr, daß Köhler von Ihnen 75 Mk. erhalten hat?

2. Ist es wahr, daß Köhler über diese Summe vor der Anzeige am 31. Dezember 1912 und vor seiner Anstellung Ende Februar 1913 als Voranschlag liquidierte, und ist es ferner wahr, daß dieser Voranschlag bis nach dem „Meineids“-Prozeß noch nicht gebucht war?

Weiter gestatten Sie, daß wir im Zusammenhang mit diesen Fragen daran erinnern, daß dem Köhler auch die Frage vorgelegt wurde, ob bei den Verhandlungen zwischen Köhler und Lippold dritte Personen zugegen waren. Köhler beantwortete diese Frage mit „Nein“. Auch bei dieser Gelegenheit unterließen Sie es, beim Suchen der ganzen Wahrheit behilflich zu sein. Wir richten deshalb auch in bezug auf diese Angelegenheit folgende Fragen an Sie:

1. Ist es wahr, daß während der Unterredung, die Sie mit Köhler hatten, einer Ihrer Expeditionsbeamten in Ihrem Auftrage der Unterredung hinter der Tür wohnte?

2. Ist es wahr, daß Sie später zu demselben Beamten äußerten, den Menschen können wir doch nicht einstellen? Die Redaktion unseres Parteiorganes drückt bei diesen Fragestellungen zugleich die Hoffnung aus, daß

Herr Lippold auch hier von seinem staatsbürgerlichen Pflichtgefühl getrieben wird und zur Verhinderung der Wahrheitsverfälschung nachträglich noch sein möglichstes tun wird. Würde das ernsthaft geschehen, dann müßte damit gerechnet werden, daß die eidlichen Aussagen des Köhler und seines Arbeitgebers Lippold noch einmal vor Gericht nachgeprüft werden müssen. Auf jeden Fall darf man gespannt sein, welche Dinge sich aus diesem Meineids-Prozess noch entwickeln werden.

Eine Beurteilung der Firma Krupp.

Eine besonders beachtenswerte Preßstimme zum Krupp-Prozess liefert die „Kölnische Zeitung“, die gern zu offiziellen Äußerungen benutzt wird. Sie schreibt in ihrer Ausgabe vom Mittwoch abend:

Neben den Angeklagten hat die Öffentlichkeit vielfach die Firma Krupp mit auf die Anklagebank gesetzt. Will man in diesem Bilde bleiben, so könnte man sagen, daß die Firma nicht, wie die Heeresverwaltung, in allen Punkten freigesprochen worden ist. Das eine kann schon heute gesagt werden: Es berührt nicht gerade angenehm, daß die Firma Krupp gewußt hat, daß verschiedene der Informationen ihres Vertreters auf nicht legalem Wege erworben worden sind und daß sie trotzdem die Weiterhaltung dieser Informationen beschlossen hat. Dabei ist noch folgendes zu beachten: Das einzige Interesse, das die Firma an den Brandtschen Informationen hatte, bezog sich auf den Wettbewerb der Preisangebote der Konkurrenzfirmen und den Mitteilungen der bevorstehenden Bestimmungstermine. Aber gerade diese beiden Arten von Mitteilungen waren nur auf nichtlegalem Wege zu erfahren, während alles übrige, was Krupp wissen wollte, über die Bordertreppe geholt werden konnte. Brandt hat ganz gewiß auf eigene Faust gehandelt, aber die Firma Krupp hat den Anlaß und die Möglichkeit, ihn zurückzuhalten, als einige Herren bereits wußten oder hätten wissen müssen, daß unrechtmäßig vorgegangen wird, nicht benutzt. Einige Direktoren sind die „Kornwalzer“ direkt peinlich gewesen, aber offenbar sind dem Preisbureau die Angaben über die Konkurrenz als zu interessant gewesen und deshalb hat es Brandt weiter arbeiten lassen, ohne seine Methode zu unterbrechen.

Sozialdemokratische Wahlmoral.

Die freikonservative Presse kann es noch immer nicht verschmerzen, daß das Mandat in Zülpf-Lotharwalde der Sozialdemokratie zugefallen ist. Die „Kölnische Westfälische Zeitung“ stellt glatt die Behauptung auf, daß von der Parteileitung in Groß-Berlin 500 Genossen in den Wahlkreis abkommandiert wurden, um dem Gen. Ewald zum Siege zu verhelfen. Dem genannten Blatt ist es zweifelhaft, ob diese Genossen polizeilich gemeldet waren, trotzdem seien sie in die Wählerliste aufgenommen worden. — Das ist natürlich haarsträubender Blödsinn. Es mag stimmen, daß am Wahltag 500 Berliner Genossen in dem Wahlkreis tätig gewesen sind, selbstverständlich waren sie aber nicht in die Wählerliste eingetragen und durften deshalb auch nicht wählen. Die „Kölnische Westfälische Zeitung“ behauptet, daß dem Wahlbetrug Tür und Tor geöffnet würde, wenn ein Wähler gleichzeitig in einer beliebigen Anzahl von Wählerlisten eingetragen werden kann oder muß, weil er eine entsprechende Anzahl von Wohnungen hat. Es besteht gar keine wirkliche Aufsicht darüber, wo er sein Wahlrecht ausübt.

Das Organ der Schlotbarone zeigt hier, daß es unter Reichstagswahlgesetz nicht kennt. Der durchgefallene Kandidat v. Dergen hat einen Wohnsitz in Recklenburg und einen solchen in Berlin. Wird eine allgemeine Reichstagswahl ausgeführt, dann steht sein Name sowohl in Mecklenburg als auch in Berlin in der Wählerliste und es ist ihm überlassen, wo er seine Stimme abgeben will. Arbeiter, die z. B. auf dem Lande wohnen und in der Stadt arbeiten, müssen nach einer Entscheidung der Wahlprüfungskommission sowohl an ihrem Wohn- als auch an ihrem Arbeitsort in die Wählerliste eingetragen werden. Zur Wahl berechtigt sind sie dagegen nur an einem Orte, und sobald nachgewiesen werden sollte, daß sie an zwei Orten gewählt haben, dann verfallen sie einer sehr empfindlichen Gefängnisstrafe. Die Patienten der Heilstätte in Beilich mußten ganz selbstverständlich in die dortige Wählerliste aufgenommen werden, und weil das nicht geschehen ist, deshalb wurde — wir wiederholen das — die Wahl Dergens für ungültig erklärt. Daß der „Kölnische Westfälische Zeitung“ die Art, wie der Blödsinn die Wahlprüfungen erledigte, besser konzentriert, mag richtig sein, aber mit Gerechtigkeit hatte die damalige Wahlprüfung wirklich nichts zu tun.

Seine Majestät, der Landrat!

Gegen den Landrat des Kreises Neustadt in Westpreußen war von der Gewerkschaft Graf Gleichen in Köln bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstattet. Die Gewerkschaft hatte der „Neustädter Kreiszeitung“ ein Inserat aufgegeben, in dem eines ihrer Produkte empfohlen wurde. Nach dem ersten Erscheinen des Inserats lehnte der Verleger die weitere Veröffentlichung mit der Begründung ab, der Landrat habe das Inserat unterlagert und ihn gezwungen, einen redaktionellen Gegenartikel zu bringen. Die Staatsanwaltschaft lehnte die Einleitung eines Verfahrens ab; diesem ablehnenden Bescheid schloß sich der Oberstaatsanwalt an. Der Bescheid besagt, daß sich der Landrat eines strafbaren Vorgehens nicht schuldig gemacht habe, da er nach einem Vertrag mit dem Verleger des Kreisblattes berechtigt sei, jedes Inserat zu veröffentlichen und die Aufnahme jeder redaktionellen Notiz zu erzwingen.

Wieder ein Beweis von der Allmacht preussischer Landräte. Es ist nicht zu verstehen, weshalb der Landrat die Redaktion nicht lieber gleich selber in die Hand nimmt. Der Fall beweist gleichzeitig wieder einmal, wie weit es mit der Unabhängigkeit der Amtsblätter her ist.

Abkommen mit Oesterreich über die Arbeiterversicherung.

Der Berliner „Sozial-Anzeiger“ meldet: „Im Reichsamt des Innern haben zwischen Vertretern der Deutschen Reichsregierung und der österreichischen Regierung eingehende Beratungen stattgefunden über die

gegenseitige Anwendung der Arbeiterversicherung. Oesterreich wünscht ein Abkommen zu treffen, das die Gegenseitigkeit auf weitere als die bisher zugestandenen Zweige der Arbeiterversicherung und über den reinen Grenzverkehr ausdehnt. Ein ähnliches Abkommen ist bereits bekanntlich im vorigen Jahre zwischen dem Deutschen Reich und Italien zustande gekommen. Oesterreich hat im Jahre 1909 ein Gesetz erlassen über die Ermächtigung zum Abschluß internationaler Abkommen auf dem Gebiete der Arbeiterunfallversicherung. Danach ist die österreichische Regierung ermächtigt, mit den Regierungen solcher Staaten, in denen der österreichischen Unfallversicherungsgesetzgebung entsprechende Fürsorgeeinrichtungen bestehen, Abkommen zur Regelung der Wechselbeziehungen auf diesem Gebiet zu schließen. Auf Grund der in mehrwöchigen Verhandlungen zwischen den Vertretern beider Staaten erzielten Verständigungen dürfte ein Abkommen im Laufe des nächsten Winters zustande kommen. Nach der Reichsversicherungsordnung muß die Vereinbarung dann dem Reichstag mitgeteilt werden.“

Ein badisches Amtsblatt auf dem Index.

Dem für den Amtsbezirk Oberkirch in Oberkirch erscheinenden liberalen Blatte „Reichthaler“ ging folgendes Schreiben des Erzbischof. Ordinariates Freiburg zu:

„Freiburg, den 9. Juni 1913.

Auf Ihre an Sr. Exzellenz den hochwürdigsten Herrn Erzbischof gerichtete Eingabe vom 24. v. M. haben wir Ihnen in Hochbesehnen Namen zu erwidern, daß die Mitteilung der Gottesdienstordnung an Ihr Blatt nicht möglich ist, weil daselbe Anschauungen vertritt, die dem christlichen Sittengesetz widersprechen. Wir verweisen Sie beispielsweise auf die beiden Artikel „Die Beschränkung der Kinderzahl“ und „Der saule Storm“ in Nr. 41, 2. Bl. und Nr. 48 vom 14. und 29. März d. J., ferner auf die tatsächlich auf Fälschungen gestützte Agitation gegen die von den Bischöfen angestrebte Aufhebung des Jesuitengebietes in Nr. 52 u. v.“

In dem Oberkirchner Zentrumsblatt werden mit einer Regelmäßigkeit „Fälschungen“ veröffentlicht zur Agitation wider die politische Gegnerschaft. Das verträgt sich mit dem „christlichen Sittengesetz“!

Oesterreich-Ungarn.

Der Rüstungsstoker hat jetzt auch die leitenden Kreise Oesterreich-Ungarns erfaßt. Beabsichtigt ist eine Erhöhung des Rekruten-Kontingents, die von der „Militärischen Rundschau“ wie folgt begründet wird: „Aus den weitreichenden Maßnahmen der europäischen Großmächte zur Verstärkung der Streitkräfte, in denen sich ihnen sicher auch die Balkanstaaten mit analogen Vorzügen anschließen, ergibt sich für die Monarchie das durch die Selbsterhaltung diktierte Gebot, in der militärischen Ausgestaltung auch wenigstens so weit zu gehen, daß die Qualität und Kriegsbereitschaft unserer Wehrmacht tunlichst den analogen Verhältnissen der anderen Staaten entspreche. Dies ist um so leichter möglich, als unsere Aufmerksamkeit im Vorjahre einen Ueberschuß von rund 50 000 tauglichen Rekruten gegenüber dem aufzubringenden Kontingent ergab. Der weitaus größte Teil der beabsichtigten Erhöhungen wird zu Standeserhöhungen verwertet werden müssen, wodurch in erster Linie die Truppen in den Grenzbereichen auf jene unbedingt notwendigen Stände gebracht werden sollen, die sie befähigen, in kritischen Situationen die vielseitigen Aufgaben selbständig durchzuführen, ohne daß bei einer politischen Spannung wieder besondere Vorkehrungen getroffen werden müssen.“

Ueber die Kosten läßt man vorläufig noch nichts verlautbaren. Das kommt später.

Frankreich.

Die dreijährige Dienstzeit. Der Senat hat den Artikel 18 des Militärgesetzes angenommen, der die Dauer des aktiven Dienstes auf drei Jahre festsetzt.

Holland.

Zur Ministerkrise. Der Parteivorstand hat den Beschluß gefaßt, den anfänglich abgestellten außerordentlichen Parteitag in Zwolle nunmehr am kommenden Sonntag abend und Sonntag trotzdem abzuhalten. Die Mehrheit entschloß sich dazu im Hinblick auf die Änderung der politischen Lage. Nachdem die Parteikonferenz den Eintritt sozialistischer Minister in ein Kabinett der gesamten Linken abgelehnt hatte, haben, wie schon gemeldet, auch die liberalen Parlamentsmitglieder den Beschluß gefaßt, kein rein liberales Kabinett zu bilden. Daraus hat die Königin den Ex-Minister Dr. Cort van der Linden beauftragt, ein außerparlamentarisches Kabinett zu bilden, daß sich aller Wahrscheinlichkeit nach nur an „neutrale“ Fragen heranwagen würde und solche Fragen, worüber Linke und Rechte sich nicht einig sind, also auch das Wahlrecht und die Arbeiterpensionierung beiseite lassen würde. Die Gefahr eines derartigen Kabinetts würde den Ausnahmefall herbeiführen, von dem die Resolution des Amsterdamer Internationalen Kongresses spricht und den Eintritt sozialistischer Minister in ein bürgerliches Kabinett als die einzige Möglichkeit hinstellen, um das allgemeine Wahlrecht sicher zu stellen. — So die Meinung der Mehrheit des Parteivorstandes. Zunächst wird eine Parteikonferenz darüber beraten und das Endurteil wird beim Parteitag liegen.

Balkan.

Der Friedensschluß perfekt. Aus Bukarest wird von gestern gemeldet: Der Friede wurde mündlich abgeschlossen auf der Grundlage, daß Strumiza an Bulgarien und Kamala an Griechenland fallen. Der Vertrag wird morgen vormittag 11 Uhr unterzeichnet werden. Auch die Unterzeichnung des Demobilisierungs-Abkommens erfolgt morgen.

Diese Meldung ist mit Freuden zu begrüßen; wird doch nunmehr dem Blutvergießen ein Ende bereitet.

Nach Privatmeldungen aus Konstantinopel steht eine Ueberraschung bezüglich der Insel Thasos bevor. Die Insel soll nach einer unter Zustimmung der englischen Regierung zwischen der Pforte und dem Rhediven getroffenen Vereinbarung in den Besitz des Rhediven gelangen, in dessen Namen

England die Insel besetzen würde, um die Zufahrt zu den Dardanellen zu beherrschen. In Paris unterrichteten Kreisen glaubt man, daß Rußland gegen eine solche Kombination, wenn sie greifbare Formen annehmen sollte, entschieden protestieren würde.

Der augenblicklich in Mazedonien weilende Korrespondent des „Corriere della Sera“, der sämtliche Hauptpunkte der Balkanfront besichtigt hat, veranlaßt in einem längeren Bericht eine Schätzung der Verluste der Balkanstaaten. Er schätzt die Opfer an Menschen und Geld im ersten Feldzug folgendermaßen:

Bulgarien: 350 000 Mann mobilisiert, 80 000 Tote, 1200 Millionen Mark Kosten.

Serbien: 250 000 Mann mobilisiert, 30 000 Tote, 620 Millionen Mark Kosten.

Griechenland: 150 000 Mann mobilisiert, 10 000 Tote, 280 Millionen Mark Kosten.

Montenegro: 30 000 Mann mobilisiert, 8 000 Tote, 16 Millionen Mark Kosten.

Türkei: 450 000 Mann mobilisiert, 10 000 Tote, 1600 Millionen Mark Kosten.

Für den zweiten Feldzug sind nach derselben Quelle die Ziffern schätzungsweise folgende:

Bulgarien: 600 000 Tote, 720 Millionen Mark Kosten.

Serbien: 400 000 Tote, 400 Millionen Mark Kosten.

Wenn man hierzu die Ermordeten, die Opfer der Cholera und andere Epidemien hinzunehmen, so dürften die Menschenverluste mindestens 4 000 000 betragen, während die finanziellen Kosten insgesamt auf 5 200 000 000 Mark zu schätzen seien.

Opfer unerhört!

China.

Der Bürgerkrieg. Die Times meldet aus Schanghai, 5. August: Heute ist es absolut ruhig. Die Soldaten des Admirals Tseng sehen das Suchen nach Waffen in der Vorstadt Mantoa fort und bringen weitere große Vorräte an Gewehren und Munition. Die chinesischen Zeitungen veröffentlichen ein Edikt aus Peking, das den Admiral Tseng mit weitgehenden Vollmachten zum Gouverneur des Bezirkes Schanghai ernennt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 7. August.

Der Zahlungsbefehl. Häufig hat der kleine Gewerbetreibende, mitunter auch der Arbeiter außenstehende Forderungen, die er nicht hereinbringt. Er geht schließlich zu einem Rechtsanwalt oder auf das Amtsgericht und erhebt Klage und riskiert so hohe Auslagen und Kosten, die er schließlich doch nicht wieder zurückerhält. Da kennt die Zivilprozedur ein einfaches und praktisches Mittel, das noch nicht genügend bekannt ist: den Zahlungsbefehl. Man erucht mündlich oder schriftlich das für den Schuldner zuständige Amtsgericht, diesem eine Zahlungsaufforderung zuzustellen. Erhebt der Gemahnte nicht innerhalb einer Woche nach Zustellung des Zahlungsbefehls Widerspruch bei Gericht, wird dieser rechtskräftig, d. h. er hat die Wirkung wie ein gerichtliches Urteil, und er kann dem Gerichtsvollzieher zur Zwangsvollstreckung (Pfändung) übergeben werden. Erhebt der Gemahnte Widerspruch, so hat das Gericht einen Termin zur mündlichen Verhandlung anzusetzen und die Sache geht ihren Weg wie jede andere Zivilklage.

Die Gebühren, die niedrig sind, werden zunächst vom Antragsteller eingezogen, sie können aber dann dem Mahnbeklagten auferlegt werden. — Seit dem 1. April 1910, dem Geltungsbereich der letzten Novelle zur Zivilprozedur, haben sich diese Mahnsachen weit stärker vermehrt als die ordentlichen Amtsgerichtsprozesse. Im Jahre 1909 kamen auf je 100 Prozesse 82 Mahnsachen (Zahlungsbefehle), 1911 bereits 95. Recht bezeichnend ist aber, daß in den verschiedenen Gegenden Deutschlands das Mahnverfahren keineswegs gleichmäßig angewendet wird. Es zeigen dicht bevölkerte, stark industrielle Bezirke wie Berlin, Hamburg und Dresden ein von dem Reichsstaatsrat sehr abweichendes Verhältnis. Im Bezirke des Oberlandesgerichts Berlin entfielen 1911 auf 100 amtsgerichtliche Prozesse nur 59 Mahnsachen, im Königreich Sachsen 63, in den Hansestädten 58. Wenn man bedenkt, ein wie großer Teil der ordentlichen amtsgerichtlichen Prozesse durch Anerkenntnis- und Veräumnisurteile erledigt zu werden pflegt, so vermag man nicht einzusehen, weshalb nicht weit öfter von dem billigen und schnell zum Ziele führenden Mittel des Zahlungsbefehls Gebrauch gemacht wird. Beträgt doch der Anteil dieser Befehle, die in das ordentliche Gerichtsverfahren überleitet werden müssen, weil der Schuldner gegen den Zahlungsbefehl Widerspruch erhebt, nur etwa 25 Prozent. In der weitaus größten Zahl der Fälle tut also das Mahnverfahren sofort seine Schuldigkeit, und in einer großen Zahl jener 25 Prozent verfolgt der Schuldner dann, im ordentlichen Gerichtsverfahren, sein Recht nicht weiter, sondern läßt — weil er eben nichts Begründetes einzuwenden hat — Veräumnis oder Endurteil gegen sich ergehen und erhöht dadurch nur die Gerichtskosten.

Um Einnahmen an Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat Juli 1913 beim hiesigen Steuerbureau ein: Einkommensteuer 60 550,72 Mark, Wertzuwachssteuer 8251,25 Mark, Grundsteuer 193 881,93 Mark, Eisenbahnsteuer — Mark, Erbschaftsteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftsteuer 14 175,79 Mark, Veräußerungsabgabe 30 943,80 Mark, Stempelabgaben 14 597, — Mark, Schiffsabgaben 54 926,51 Mark, Gewerbesteuer 7,34 Mark, Filialsteuer — Mark; zusammen 877 334,94 Mark, gegen 955 221,62 Mark im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 22 112,72 Mark mehr als im Juli 1912. Vom 1. April bis Ende Juli gingen insgesamt 1 935 732,22 Mark ein, gegen 1 840 334,74 Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres; mithin 95 447,48 Mark mehr.

Stiftungen eines Lübecker Kaufmannes. Vor einigen Tagen starb in Lübeck der wohlhabende Kaufmann Gustav Jäde, der in der Holstenstraße ein größeres Manufakturwarengeschäft betrieb. Von seinem hinterlassenen Gesamtvermögen in Höhe von 1 250 000 Mark hat er die Summe von 45 000 Mark Vereinen in Lübeck und Schwartau sowie Angehörigen, Verwandten und Freunden testamentarisch vermacht. Der Rest des hinterlassenen Vermögens soll zu drei Vierteln für das von dem Verstorbenen in Schwartau errichtete Jädestift, zu fünf Vierteln zur Errichtung eines Jädestiftes in Lübeck verwendet werden. Als Zweck der Lübecker Jädestiftung wird bestimmt: 1. Unterstützung an solche Arme, die noch nicht der Armenanstalt zur Last gefallen sind; 2. Unterstützung und Gründung von Unternehmungen die geeignet sind zur Beseitigung von Krankheiten, zur Heilung und zur Stärkung von Genesenden. 3. Gewährung von Beihilfen an junge tüchtige Kaufleute, die sich im Auslande befinden oder die eine deutsche Handelshochschule besuchen; 4. Schaffung und

Ausgestaltung von Versammlungsräumen für jüngere Kaufleute, Lehrlinge und Handlungsgehilfen hiesiger Stadt; 5. Unterstützung von lübeckischen Kaufleuten, die ohne Beschulden in Armut und Not geraten sind und 6. Unterstützung in besonderen Fällen. Dem Vorstande der Gustav-Jade-Stiftung sollen angehören ein Mitglied der Handelskammer, ein Mitglied des Finanzdepartements, ein Mitglied des engeren Vorstandes des Detailisten-Vereins, ein Jurist und ein dem Vorstande des Detailisten-Vereins nicht angehörender Detailist. Sämtliche Mitglieder des Vorstandes sollen vom Senat ernannt werden.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Juni auf 1180 (1166), die der Besucher auf 1298 (1320). — Die eingekammerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 143 Personen. Mitin sind im Monat Juli 1027 (1021) neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1243 (1222), darunter nach auswärts schriftlich 44 (29). Von den Besuchern waren organisiert 706 (708) Personen, und zwar gewerkschaftlich 340, politisch 36, gewerkschaftlich und politisch 330. Unter den verbleibenden 392 Nichtorganisierten befinden sich 315 Angehörige von Organisierten und 46 Organisations-unfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 871 (903) männlich, 406 (376) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1169 (1143); selbstständige Gewerbetreibende, Beamte u. und deren Angehörige 108 (136); Organisationen 21 (41). In Lübeck Stadt hatten von den Besuchern 971 (980) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 111 (117), Oldenburg 87 (92), Mecklenburg 64 (59), Preußen 61 (64), Hamburg 3 (5), Sachsen 1. Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 189 (211), Arbeits- und Dienstvertrag 265 (271), bürgerliches Recht 455 (448), Strafrecht 111 (104), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 168 (146), Arbeiterbewegung 14 (14), Privatversicherung 22 (11), Handels- u. Gewerbesachen 3 (2), Verchiedenes 16 (15). Von den Auskünften machten 340 (226) die Anfertigung von 455 (334) Schriftsätzen erforderlich; außerdem gingen aus 33 (29) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 258 (219) Postsendungen. Der 3. Juli zeigte mit 78 (84) die höchste, der 12. Juli mit 37 (41) die niedrigste Besucherzahl.

Besteuerung der Konsumvereine. Der feste Rabatt der Konsumvereine ist nicht steuerpflichtig! So hat das preußische Oberverwaltungsgericht als Höchstinstanz in einer Berufungssache des Konsumvereins Neusalzbrunn festgestellt. Es führte aus: Die Rückvergütungen, die die Mitglieder eines Konsumvereins als Rabatt oder Sparguthaben auf die von ihnen im Laufe eines Geschäftsjahres entnommenen Waren erhalten, seien dann nicht zu den steuerpflichtigen Überschüssen zu rechnen, wenn sie einen Kundengewinn im eigentlichen Sinne darstellen, das heißt von vornherein der freien Verfügung des Vereines entzogen seien und eine Schuld des Vereines an die Warenabnehmer aus den zwischen beiden geschlossenen Kaufverträgen auf Erfüllung der bei der Entnahme zuviel gezahlten Kaufgelder bilden. Der Kundengewinn im eigentlichen Sinne setze demnach wirkliche Käufe voraus. Die Festlegung eines der Bestimmung der Generalversammlung von vornherein entzogenen Sparrabatts könne aber nicht nur durch die Satzung erfolgen, sondern auch durch Beschluß eines Genossenschaftsorgans oder durch Vertrag zwischen Genossenschaft und Mitglied. — Unter dem „festen Rabatt“ ist zu verstehen eine Bestimmung oder Vereinbarung nach der die Mitglieder eines Konsumvereins unter allen Umständen so und so viel Prozent Rückvergütung auf entnommene Waren zu erhalten haben. Diese von vornherein festgelegten Beträge scheiden dann aus dem Überschuß und gehen in das Unkostenkonto des Vereines über. — Die Entscheidung bezieht sich natürlich nur auf Preußen.

Der Trunksuchtmittelschwindel. Seit Jahren führt der Allgemeine Deutsche Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholismus einen unermüdeten Kampf gegen den Schwindel mit sog. Trunksuchtmitteln.

In nachstehender Liste sind diejenigen Mittel aufgezählt, zu deren Anpreisung sich die Schwindler der Presse bedienen. Die fettgedruckten Schwindelmittel hat der Bundesrat bereits am 27. 6. 1907 auf die Verbotliste gesetzt, ein Verdict, das dem unverdorbenen Geschäftsführer des Verbandes, Dr. Kraut, zukommt.

Die gesperret gedruckten Schwindelmittel sind diejenigen, die sich zurzeit einer besonderen Gunst der (bürgerlichen) Presse erfreuen.

1. Adler-Apothek in Lugos (Ungarn).
2. Nicola der Physicians-Cooperative Association in Chicago.
3. Molin-Institut, Kopenhagen 15, Dänemark.
4. Antebeten, Apotheke Toj. Schneider, Resicza, Hauptgasse 343, Süd-Ungarn.
5. Antialkohol.
6. Antialkohol (Anticohol) Reichels in Berlin.
7. Antiberin, P. Vogels Fabrik chem. Präparate, Dresden-Antstadt 18.
8. Antidiplo.
9. Antifoka Association, Basel, Schweiz.
10. Dr. Burghardts pharm. Laboratorium, Dresden 16, Dischhof.
11. Colladin des Colladin-Instituts in Dresden.
12. Kontroll-Nr. 23 der Internationalen Apotheke, Hamburg, Neuerwall 29.
13. Coom-Institut in Kopenhagen.
14. Coza-Institut, 71 High Holborn, London, W. C. England.
15. C. Delamotte, Apotheker, ehem. Exoraner des Instituts Pasteur, 63 rue Baneau, Paris.
16. Casa „Delta“ in Lugano A., Schweiz.
17. Dischhof der Gesellschaft Union in Dresden.
18. Max Falkenberg in Berlin.
19. Frank, Apotheker in Berlin.
20. Helios-Bitter, chem. Laboratorium, Berlin-Schöneberg, Eisenacherstraße 44 I.
21. Jemel, Apotheker, Clarus, Schweiz.
22. Kino-Institut, Kopenhagen.
23. Konekto, Spezialist, Säckingen, Baden.
24. Laboratoire Antialcoolique de France „La Lazarine“ rue de Bouillé 3 — Paris XV.
25. Luzor-Institut in Paris.
26. Normyl.
27. Orion.
28. Passino.
29. Poudre Zenento Cou., Wardour Street, London.
30. Privat-Institut, Villa Christina 2, Säckingen.
31. Stomachyl.
32. Syron von Charles Lasley in Berlin.
33. Trinkenicht auch Antidippling genannt, Hamburg.
34. Edward Woods, London, Norfolk Street 110.

Wir hoffen, daß diejenige Presse, die davon überzeugt ist, daß nur die Erziehung zur Enthaltung das Heilmittel gegen die Trunksucht und den Alkoholismus ist, von der Anpreisung obiger und ähnlicher Mittel gern Abstand nehmen wird.

Arbeiterriß. Beim Löschen von Planen kam gestern der Arbeiter J. Steinfeldt, wohnhaft in Fackenburg, so erheblich zu Schaden, daß er per Droschke ins Krankenhaus transportiert werden mußte. Ihm fiel eine Planke auf den Arm, wodurch letzterer zweimal gebrochen sein soll. Der

Unfall trug sich bei dem Dampfer „Badenia“, der bei der Firma Havemann u. Sohn, Hobelanstalt, löst, zu, wo der Verunglückte auch in Arbeit steht.

Bebauungslückerfall. Heute vormittag gegen 8 1/2 Uhr überfuhr ein Geschirr der Firma Rud. Raich-Fleischhauerstraße bei der Kurve von der Buppenbrücke in die Moislinger Allee ein etwa 18jähriges Mädchen, das erheblich verletzt — zu einem Arzt gebracht werden mußte. Der junge Geschirrführer hatte sich mit einem Fremden auf dem Boock unterhalten und auf den Strakenverkehr keine Obacht gegeben. Nun wird er für seinen Leichtsinns bestraft werden.

Ballonlandung. Nach einem gestern nachmittag bei der sportlichen Leitung des Lübecker Vereins für Luftfahrt eingegangenen Telegramm, ist der am Vormittage auf dem Lübecker Füllplatz aufgestiegene Ballon um 12 1/4 Uhr bei Gr. Belg bei Bügnow glatt gelandet.

Das Brieftelegraph. Das Brieftelegraph bürgert sich mehr und mehr ein. In der ersten Zeit seiner Einführung fand es verhältnismäßig wenig Zuspruch. Inzwischen haben die Interessenten offenbar die Vorteile dieses billigen Verkehrsmittels eingesehen. So liegen jetzt täglich z. B. allein in Berlin zwischen 800 und 900 Brieftelegraphen zur Bearbeitung vor. Trotzdem scheint es noch nicht allen Geschäfts- und Privatleuten bekannt zu sein, die etwa davon Gebrauch machen könnten. Wir stellen deshalb die wichtigsten Bestimmungen darüber nochmals zusammen. Das Brieftelegraph wird während der Nacht telegraphisch an den Bestimmungsort befördert und dort wie ein gewöhnlicher Brief wohnmöglich auf dem ersten Bestelltag bestellt oder den Abholern früh ausgehändigt. Die Brieftelegraphen werden zwischen einer bestimmten Zahl von Städten mit telegraphischem Nachtdienst ausgetauscht. Doch werden sie mit der Post auch weiterbefördert. Angenommen werden die Brieftelegraphen von 7 Uhr abends bis 12 Uhr nachts bei sämtlichen Annahmestellen, die um diese Zeit Telegramme annehmen. Man kann sie auch durch den Briefkasten aufleeren. Man muß sie dann mit Briefmarken frankieren und in einen offenen Umschlag mit der Aufschrift Brieftelegraph legen. Vor die Adresse kommt der Vermerk Bf. oder Brieftelegraph. Man kann auch vereinbarte abgekürzte Adressen und „postlagernd“ verwenden. Nicht zulässig sind aber die Vermerke wie Dringend, Antwort bezahlt, Vergleichen, Empfangsadresse, mehrere Adressen und Einschreiben. Auch eine Einschreibung ist nicht statthaft. Das Wort kostet 1 Pfg., das Telegramm mindestens 50 Pfg.

Konkursveröffnung. Über den Nachlaß des am 2. Juli 1913 in Lübeck verstorbenen Schlossermeisters Wilhelm Karl Ludwig Mierow ist am 6. August 1913 das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwalt Dr. Thde in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

pb. Kassendiebstahl. Festgenommen wurde eine Arbeiterin aus Wonnassen, die sich des Diebstahls von Kasse zum Nachteil einer hiesigen Kaufmannsirma schuldig gemacht hatte.

pb. Eigentumsvergehen. Aus einem Kleiderschrank eines Gasthofes an der Obertrave sind in den letzten Tagen nachbenannte Gegenstände gestohlen: Ein dunkles, blau und schwarz gestreiftes Herrenjackett und ebensolche Weste, eine hellbraune leberne Handtasche und eine weiße Damenbluse.

pb. Ein Diebstahl. Festgenommen wurde ein Arbeiter von hier, der vorzüglich zwei Schaufensterscheiben in der Hüßstraße durch Steinwurf zertrümmerte. Wegen gleichen Vergehens ist er schon mehrfach vorbestraft.

Lübecker Sommertheater. Man schreibt uns: Der Sudermann-Abend „Heimat“ war auch zum 3. Male gut besucht und mochten der Vorstellung viele Ausländer des hiesigen Ferienkurses bei. Morgen wird „Fimzauer“, diese melodische Operette, zum 10. Male gegeben, nachdem sie bereits 9 ausverkaufte Häuser erzielt hat. In dem Volksstück von Leon „Gebildete Menschen“, welches Sonnabend hier zum ersten Male gegeben wird, spielen die Herren Heydecker, Hüb. Ambross, Hoegel, Göbel, Wallis, sowie die Damen Bestel, Vally, Reichardt, Heydecker und Riccardo die Hauptrollen. Sonntag wird „Wuppchen“ zum 4. Male gegeben. Beim letzten Male war es wieder total ausverkauft. Das Benefiz des beliebtesten Arno Hüb findet am Dienstag, den 12. August, statt, und wird er darin eine seiner besten Rollen, den „Ke an“, spielen.

Die öffentliche Trinkerfürsorgekelle Lübeck (Parade I) Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 8. ds. Mts., abends 6—7 Uhr.

Säuglingsfürsorgekelle II. Die nächste Sprechstunde findet am Freitag von 2—3 1/2 Uhr nachmittags Schwartzauer Allee 44a statt.

Möln. Achtung, Parteigenossen! Unsere Mitgliederversammlung findet diesmal nicht am Sonntag, sondern am Montag abends 8 1/2 Uhr statt. Es ist notwendig, daß jeder Genosse für den Besuch dieser Versammlung agitiert, da eine wichtige Tagesordnung aufzuarbeiten ist.

Hamburg. Töblicher Bauunfall. An dem Betonbau in der Bülhborner Kanalstraße stürzte gestern vormittag 10 1/2 Uhr der bei der Firma Kell u. Löber beschäftigte Arbeiter L. Nowakowski mit einer Last in den Fahrstuhl in einer Höhe von ungefähr 22 Meter ab und war sofort tot.

Hamburg. Einer Skandalaffäre ist man auf die Spur gekommen. Die Polizei ermittelte, daß in der Neustädterstraße in Hamburg mehrere Schulmädchen zu unsittlichen Zwecken verschleppt worden sind. Auch aus Altona sind drei Schulmädchen ermittelt, die geständigemachen nach dort verschleppt und mißbraucht wurden. Die Wohnungsinhaberin wurde in Haft genommen.

Kiel. Mit einem Schuß in der Schläfe wurde Mittwoch vormittag im Düsternbrooker Gehölz ein junges Mädchen von 18 Jahren gefunden, das noch am Leben war, nach den Akademischen Heilanstalten gefahren wurde, aber nur wenig Aussicht hat, ihrem selbstgewählten Schicksal zu entgehen. Nach dem Tatbestand handelt es sich um eine Selbstmörderin bisher unbekannter Herkunft; neben der Bestimmungslage ein Revolver mit noch 5 Patronen; eine ganze Schachtel voll Patronen befand sich in der Tasche des Mädchens, in der man auch Postkarten mit Abschiedsgrüßen an eine Freundin in Dietrichsdorf vorfand. Wie Passanten gesehen zu haben glauben, befand sich, als der Schuß gefallen war, ein junger Mann in der Nähe des Tatortes, der sich eiligst entfernt haben soll und auch von einem Schuhmann, der sich alsbald auf die Suche begab, nicht entdeckt wurde. — Eine spätere Meldung besagt: Die Lebensmüde, die in den Vormittagsstunden mit einer schweren Schußwunde im Kopfe im Düsternbrooker Gehölz aufgefunden wurde, befand sich am Mittwoch abend etwas besser, jedoch war die Lebensgefahr noch nicht gewichen. Es handelt sich um die Stütze Käthe K., die bei einem Gerichtsvollzieher in Dietrichsdorf in Stellung war. Freilich liegt Selbstmord vor, und zwar soll der Grund zu dieser Tat verhämmerte Liebe sein. — Wer begnadigt wird. Begnadigt wurde, wie jetzt bekannt wird, aus Anlaß des Regierungsjubiläums des Kaisers der Student Sasse, der den Studenten Rogge im vorigen Sommer auf der Wenzur eine tödliche Schädelfraktur beibrachte und zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

m. Malente. Gemeinderatsitzung am 6. August. Es wurde beschlossen mehrere Alumen der Stadtgemeinde Gutin in das hiesige Armenhaus gegen Bezahlung unterzubringen. Wegen Ankauf von Grundgruben für die Wegegemeinde, soll mit den in Frage kommenden Personen in der Kampfstraße eine Schlichterei zu errichten beabsichtigt, hierzu aber keine Erlaubnis von der Regierung erhalten hat, soll über die Aenderung des Statuts für gewerbliche Anlagen in der nächsten Sitzung Beschluß gefaßt werden. Zur Bekämpfung des hier teilweise auftretenden amerikanischen Stachelbeermehltaus soll von dem Gemeindevorsteher eine Verfügung erlassen werden. Die Einfriedigung des früheren Hagenischen Grundstücks am Marktplatz soll ausgeschrieben werden. Laut Verfügung der Regierung soll eine neue Wahlurne nach Vorschrift angeschafft werden. Herr Dr. Martinowski-Sielbeck hatte Rechnung eingereicht für Behandlung seines Personals, die er früher umsonst geleistet hat. Falls er jetzt auf Bezahlung der Rechnungen besteht, muß er sich den Bedingungen der anderen Kassenärzte für die Malenter Krankenkasse fügen. Die Beerdigungskosten für eine verstorbene Frau, in Höhe von 46 Mark, sollen, weil unüberbringlich, in Abgang gebracht werden. Das Leeren des Daches des Armenhauses soll ausgeschrieben werden. Eine Anleihe von 7900 Mark bei der Oldenburgischen Landesbank soll wegen Erhöhung des Zinsfußes von der Gemeinde-Sparkasse zu einem billigeren Zinsfuß übernommen werden.

Alpenrade. Der Raubmörder gefaßt? Zum Raubmord bei Schafhaus wird mitgeteilt, daß jetzt festgestellt ist, daß der polnische Arbeiter, der vor einiger Zeit auf Stormsgaard bei Rapsiedt verhaftet und nach Lügumkloster gebracht wurde, mit den Ueberfallenen nach Schafhaus gekommen ist. Er hat dies bereits auch eingestanden. Teugnet aber die Tat. Seine Angaben über seinen Aufenthalt in der Mordnacht haben bis jetzt nicht bestätigt werden können. In seinem Besitz befanden sich bei seiner Verhaftung 100 Mark bar Geld. Einige der Münzen waren mit Blut besetzt. Er heißt Wladislaus Fronczak und stammt aus russisch Polen. — Ein zweites Opfer des Schafhauser Mordes. Der Mord in Schafhaus hat noch ein zweites Opfer gefordert. Der polnische Arbeiter Rogwigotz, der von dem Mörder schwer verletzt wurde, ist gestern morgen gestorben, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Literarisches.

Das wichtige Thema der Versicherungspflicht der Musiker behandelt in Heft 20 der „Neuen Musik-Zeitung“ Rechtsanwalt Dr. Freiesleben in Leipzig. Professor Nagel legt seine technisch-ästhetischen Analysen der Klavierkonzerte von Brahms fort. Oswald Kühn berichtet über das Schwedische Musikfest in Stuttgart (mit Bildern); Dr. Arnd rüft die Freunde des Meisters zum Beitritt zur neuen Gluck-Gemeinde auf. Aus Heft 19 sei die Reproduktion einer Seite der neuen Faksimile-Ausgabe von der Originalhandschrift des Mozartschen Requiem als besonders interessant hervorgehoben. In Heft 21 berichtet Dr. Steinhardt über zwei Vorträge von Dr. Lederer zu seinen Aufseher machenden Forschungen auf dem Gebiete des „Bardismus“. Lederer schreibt der alten keltischen Musikultur einen hervorragenden Einfluß auf die Entwicklung der Musik zu. Alle drei Hefte sind wieder sehr reichhaltig, enthalten zahlreiche Illustrationen und hübsche Musikbeilagen. Probeheft dieser bekannten Zeitschrift versendet kostenlos an jede Adresse der Verlag von Carl Grüniger in Stuttgart.

Briefkasten.

Unwissende. 1. Der Hochzeitgeber, der das Poltern nicht verhindert, ist auch verpflichtet, die Scherben wieder fortzuschaffen. 2. Geldmünzen können Sie vernichten, wenn Sie daran Gefallen finden.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 6. August.

Bauern-Butter Pfd. 1,15—1,20 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,25—1,30 Mk., Hasen 0,00 Mk., Enten Stück 3,50 Mk., Hühner 1,70—2,50 Mk., Ruten Stück 1,00—1,60 Mk., Lauben Stück 60 Pfg., Gänse Pfd. — Pfg., Schinken Pfd. 1,20—1,30 Mk., Schweinekopf pr. Pfd. 70 Pfg., Wurst, geräuchert, Pfd. 1,40—1,60 Mk., Eier Stk. 8 Pfg., Kartoffeln neue, 10 Pfd. 40 bis 50 Pfg., Spargel 1. Sorte — Pfg., 2. Sorte — Pfg., 3. Sorte — Pfg., Blumentohl der Kopf 20—30 Pfg., Rirschen, hiesige, Pfd. 00—25 Pfg., eingeschickte, Pfd. 00 Pfg., Lebende Süßwasserfische: Schleie, Portions-schleie Pfd. 1,40, größere Pfd. 1,20 Mk., Karpfen, größere Pfd. — Mk., kleinere — Pfg., Al, große Pfd. 1,00 Mk., mittlere Pfd. 70—80 Pfg., kleine Pfd. 50 Pfg., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Hechte, große Pfd. — Pfg., mittel 80—90 Pfg., Bariche Pfd. 60—70 Pfg., Brachsen, gr. Pfd. — Pfg., kleine Pfd. — Pfg., Mand Pfd. — Pfg., Krotungen, große Pfd. 25 Pfg., kleine Pfd. 15—20 Pfg., Krebse Pfd. — Pfg., Salzwasserfische: Dorische, lebende Pfd. — Pfg., frische Pfd. 30—00 Pfg., Butte, größere Pfd. 50—00 Pfg., kleinere 30—00 Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. 80 Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 6. August 1913

	gering	mittel	gut
	Mk.	Mk.	Mk.
Weizen	—	17,50—19,00	—
Roggen	14,00—15,00	15,20—16,00	16,20—17,00
Gerste, nach Qualität	15,00—15,50	15,60—16,20	—
Safer, nach Qualität	14,00—15,00	15,50—17,00	—

hochsein über Notiz, per 100 kg.

Butter-Notierungen

b. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
Hamburg, 6. August.

1. Klasse 558 Drittel zu 115,01 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 44 „ 106,50 Mk. „

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargelände“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellings. Verleger: J. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

Ausflug

sämtlicher Gewerkschaften und Vereine

nach

Israelsdorf

am Sonntag, 10. August 1913.

Festplatz: Kaffeehaus Wendt (Inh. Wiese).

5759

Sammelplatz: Westlicher Teil des Burgfeldes.

Pünktlich 1 $\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags: Abmarsch der Gewerkschaften u. Vereine mit Fahnen u. Bannern unter Begleitung von 7 Musikkapellen.

Nach Ankunft auf dem Festplatze:

Festrede, Gesangvorträge des Chorvereins Lübeck, Konzert u. Preisschießen

Das Preisschießen findet von 11—1 Uhr vormittags und 3—7 Uhr nachmittags statt.

Rückmarsch im geschlossenen Zuge findet nicht statt.

Das Festkomitee.

Eintrittskarten à 30 Pfg.

(wofür eine Laterne mit 2 Lichten verabfolgt wird) sind zu haben bei **C. Schröder**, Lederstraße; **C. Witt-foot**, Huxstraße; **G. Ehlers**, Huxstraße; **F. Lender**, Huxstraße; im „**Gewerkschaftshaus**“, Johannisstraße; in der Expedition des „**Lübecker Volksboten**“, Johannisstraße.

Verkauf 5932
lebender Butt
am Freitag,
dem 8. August 1913
vormittags von 8 Uhr ab
an der
**Holtenbrücke,
Entiner Brücke,
Struckfähre,
Hürtorfbrücke
und
Danwardtsbrücke.**

Am Dienstag abend um 7 $\frac{1}{2}$ Uhr
entschieden nach langem schweren
Leiden meine innigst geliebte Frau,
meiner Kinder treu sorgende Mutter
Christine Gerke, geb. Westphal
im 40. Lebensjahre.
Dies beweint und schmerzlich
vermisst von mir, meinen Kindern
und allen Verwandten und Be-
kannten.
Heinrich Gerke,
Morgensendstraße 9, III. (5931)
Die Beerdigung findet am Sonn-
abend, dem 9. August, nachmittags
2 $\frac{1}{2}$ Uhr, auf dem Borwerker Fried-
hof statt. Trauerfeier um 2 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Ein Knecht
iefert geliebt. Friedensstraße 48.
Wais geb. Kinderwagen billig
zu verkaufen (5931)
Neuefeld, Friedensstraße 9.
zu besuchen abends.

Gesunden ein **Portimonais**
mit Juhara
Köpenick bei **Ring, Raritäten**
Preis 50. (5931)
Dr. J. Joppe in der Klosterstr. 97.
Köpenick, August 22, II. 1. (5929)

**Verband d. Gemeinde-
und Staatsarbeiter.**

Filiale Lübeck.

Nachruf.

Am Montag, dem 4. August, ver-
starb unser Kollege

Joachim Geerds

im Alter von 54 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag,
dem 8. August, nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr,
von der Kapelle des Borwerker
Friedhofes aus statt.
5929) Die Ortsteilung.

Wand-Uhren

große Auswahl — enorm billig.
Vorherige Preisangabe
5937) bei Reparaturen.
H. Schultz, Uhrm. u. Goldschm.,
ob. Johannisstr. 29.

Wie bekannt, zahle die höchsten
Preise für Hausflandstumpen,
Zeitungen, Eisen, Metalle, Neu-
tuch, Lane. (1225)
Fernruf 2430. Postkarte genügt.
Waisenhofstraße 25.

Saison-Ausverkauf.

Ein Posten
zurückgesetzte Damenstiefel
in braun und schwarz
statt 8.50—11.75, jetzt 5—7.75
moderne Damenschuhe
(Chevreau) braun
statt 8.75 jetzt 6.75
moderne Damenschuhe, schwarz
statt 8.75 jetzt 5.50—6.75
Große Auswahl in
Herren-, Damen- und Kinder-
sachen billig.

Heinrich Beckmann
5935 Reichenstraße 3.

Schulfschreibhefte

mit den neuen Lineaturen sind zu beziehen durch die
Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Koks
Kohlen
Briketts

in bekannten erstklassigen Qualitäten

Heinrich Diestel.

5799

Unsere Gesellschaftsspiele

haben sich bei groß und klein in kurzer Zeit sehr beliebt gemacht. Der
beste Zeitvertreib für unsere Jugend, da die Spiele sehr unterhaltend
sind und sie in keiner Familie fehlen sollten.
Preis 60 Pfg., Mk. 1.— und Mk. 1.80.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Arbeiter-Abstinenzbund.

Versammlung

am Freitag, dem 8. August
abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr
im „**Gewerkschaftshaus**“
5933) Der Vorstand.

Neue Gesellschaft
für Eutin und Umgegend
e. G. m. b. H.
in Eutin.

General-Versammlung

am Donnerstag, d. 14. August
abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr
im Lokale des Herrn P. Schröder.
Tages-Ordnung:
1. Erneuter Antrag auf Erweiterung
unseres Geschäftszweigs.
2. Sonstiges.
Hierzu werden die Mitglieder und
deren Frauen freundlich eingeladen
Der Aufsichtsrat,
5935) Ludwig Schöning.

Lübecker Sommer-Theater
i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.

Freitag, den 8. August:
Der Operettenschlager:
Filmzauber.

Sonnabend, den 9. August:
Gebildete Menschen.
Volksstück von Victor Leon.
Mit d. Bauernfeldpreis ausgezeichnet
Sonntag, den 10. August:

.. Puppchen. ..

In Vorbereitung für Dienstag, den
12. August: Benefiz Arno Hob.
Kean od. Leidenschaft u. Genie.
5941) Anfang stets 8 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Kornwalzerträume.

„Ich darf mich als Freund des Vereinten und seines Hauses bezeichnen.“
Wilhelm II. bei der Trauerfeier für F. A. Krupp.

h. Krupp sind wir — das ist der gute Glaube, der im Krupp-Prozess immer wieder zutage trat. Warum auch nicht? Unser hier vorgestelltes Bild zeigt die Berechtigung dazu, für die Vergangenheit ebenso sehr, wie die jüngsten Ordensverleihungen und Telegramme, das für die Gegenwart tun. Daran haben die Lieferungs-skandale und die immer wieder neue Ausbeutung des deutschen Volkes durch Krupp niemals etwas Einschneidendes zu ändern vermocht. Es sei nur daran erinnert, daß schon vor dreizehn Jahren einmal die Budgetkommission des Deutschen Reiches mit zwanzig gegen vier Stimmen eine Resolution beschloß, die erklärte, daß es gegenüber der unerhörten Preistreibe von Krupp und Stumm bei den Panzerplattenlieferungen für erforderlich gehalten werde, entweder die ausländische Konkurrenz zu den Lieferungen heranzuziehen oder die Errichtung eines Panzerplattenwerkes für Rechnung des Reiches anzustreben.

Damals war gelungen, festzustellen, daß Krupp und Stumm ihr Monopol für Nickelstahlpanzerplatten so gründlich ausnützten, daß die deutsche Marineverwaltung pro Tonne 2320 Mark zu zahlen habe, während zum Beispiel das Marineamt der Vereinigten Staaten dafür nur 1920 Mark auszugeben habe. Für das in jener Zeit im Vordergrund der Politik stehende Flottenprogramm von 1900 bedeutete das allein einen Nachteil von 60 Millionen Mark! Wilhelm II. soll seinerzeit an Krupp sehr energisch telegraphiert haben, sein Verhalten sei eine Schande für das Deutsche Reich.

Der Referent der Budgetkommission, der bekannte Zentrumsmann Müller-Fulda, sorgte durch seine Reden sogar für die Annahme einer Resolution im Plenum des Reichstages. Dieser Beschluß lautete dahin:

Den Herrn Reichskanzler zu eruchen, derselbe wolle in Erwägung ziehen, ob sich nicht im Interesse der Ersparnis die Einrichtung eines Panzerplattenwerkes auf Kosten des Reiches empfiehlt.

Im Frühjahr 1901 kam die ganze Angelegenheit in ein völlig neues Stadium. Da wurde festgestellt, daß die Produktion einer Tonne Nickelstahl 950 bis 1000 Mark kostet. Die deutsche Marineverwaltung hatte an Krupp und Stumm bis dahin für die Tonne 2320 Mark gezahlt. Ein rheinisches Konförium, dem die vielgenannte Konkurrenz Erhardt mit angehörte, bot dem deutschen Marineamt die Sicherheit an, die verlangte Qualität Nickelstahlpanzerplatten vom Jahre 1903 ab regelmäßig zu liefern, wenn ein Teil der Aufträge für künftighin zugelagt werde. Als Preis war pro Tonne 1550 Mk. vorgesehn.

Diese Offerte kam, wie jetzt angenommen werden muß, durch Kornwalzer Krupp und Stumm zur Kenntnis. Von dort wurde dann sofort der Preis auf das Niveau, das sich das amerikanische Marineamt gesichert hatte, herabgesetzt, man wollte sich auch verpflichten, weiterhin zu diesem Preise zu liefern, wenn der gesamte Marinebedarf im voraus bis zum Jahre 1907 fest übertragen werde! Damit sollte der Konkurrenz der Boden entzogen werden. Marineamt und Krupp einigten sich, aus dem staatlichen Panzerplattenwerk wurde nichts.

Unter Ausnutzung der Konkurrenz ist es seinerzeit dem Kriegsministerium gelungen, nachdem eine Konkurrenzfirma Kanonen für 1950 Mk. anbot, den Preis von 4000 Mk. auf 1900 Mk. zu drücken.

Heute liegen die Dinge so, daß Krupp durch seine Jahrzehnte lang gepflegte regelmäßige Expedition von Kornwalzern wieder Monopolmacht besitzt. Es ist demnach an der Zeit, Krupp zu verstaatlichen!

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Jena 1913.

VI.

Die Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen.

In den deutschen Gemeindevertretungen kommt die Sozialdemokratie in steigendem Maße zur Geltung. Selbst die Gegner müssen anerkennen, wie sachverständig die sozialistischen Gemeindevertreter auf kommunalem Gebiete für die Arbeiter eine segensreiche Tätigkeit entfalten. Von der Stärke der Vertretung der Sozialdemokratie in den deutschen Gemeinden legt folgende Tabelle Zeugnis ab:

Agitationsbezirke	Vertreter der Partei							
	in Stadtverordn.-Versammlung u. Gemeindevertret.				im Magistrat, Stadtrat u. Gemeindevorstand			
	Zahl der Städte		Zahl der Vert.		Zahl der Städte		Zahl der Vert.	
Ostpreußen	4	17	2	2	—	—	—	—
Westpreußen	1	11	8	11	—	—	—	—
Groß-Berlin	11	169	96	282	—	—	—	—
Brandenburg	30	154	87	257	—	—	—	—
Pommern	4	34	20	44	—	—	1	2
Wesl.	—	—	—	—	—	—	—	—
Breslau	6	32	63	164	—	—	—	—
Görlitz	5	24	51	151	—	—	—	—
Oberlangenbielau	1	2	67	149	—	—	—	—
Kattowiz	—	—	3	7	—	—	—	—
Magdeburg	17	79	71	125	—	—	—	—
Halle a. S.	21	70	149	344	—	—	—	—
Erfurt	6	24	28	79	—	—	—	—
Schleswig-Holstein	22	79	89	207	—	—	2	2
Hannover	9	12	53	123	—	—	—	—
Hitt. Westfalen	11	47	52	125	—	—	—	—
Westf.	5	9	69	135	—	—	—	—
Frankfurt a. M.	13	60	85	239	2	2	9	10
Rassel	5	14	54	149	—	—	2	2
Oberhein	3	10	11	16	—	—	—	—
Niederhein	22	144	25	60	—	—	—	—
Saarabiet	—	—	2	8	—	—	—	—
Nordbayer.	35	181	104	324	16	29	15	12
Südbayern	9	4	12	66	7	9	2	—
Palz	18	110	50	181	—	—	18	21
Dresden	18	64	414	948	—	—	—	—
Chemnitz	34	135	222	630	1	1	2	3
Leipzig	14	68	136	278	—	—	1	1
Wietkau	15	46	87	207	1	1	—	—
Württemberg	30	158	142	551	9	36	12	23
Baden	36	452	151	1554	24	49	53	97
Bessen	11	51	113	318	1	1	—	—
Mecklenburg	8	41	—	—	—	—	—	—
Thüringen I	18	65	59	112	—	—	1	1
Thüringen II	8	57	48	173	—	—	—	—
Sachsen-Altenburg	9	45	82	162	1	1	—	—
Gotha	4	17	33	121	2	2	4	4
Oldenburg-Ostfriesland	3	35	13	35	1	2	2	4
Braunschweig	10	39	63	111	—	—	—	—
Sachsen-Meinungen	5	5	31	95	—	—	1	1
Unhalt	12	68	55	95	—	—	—	—
Hamburg	1	3	11	29	—	—	2	2
Nordwest	4	35	50	170	—	—	—	—
Lübeck	1	12	8	11	—	—	1	1
Schles.-Lohrthraen	10	36	29	79	—	—	—	—
Zusammen	509	2753	2973	8928	65	133	120	187

Maifeier.

Die Maifeier fand in diesem Jahre unter ganz außergewöhnlich starker Beteiligung der Genossinnen und Genossen statt, was freilich mit darauf zurückzuführen war, daß der 1. Mai in diesem Jahre auf einen geschäftlichen Feiertag fiel. In den Jahren, in denen der 1. Mai auf einen Sonntag oder einen Feiertag fällt, nimmt die Maifeier leicht zu sehr den Charakter eines Volksfestes an und dadurch verliert die Maifeier als eine Demonstration gegen die Rüstungs- und Arbeitertrugpolitik des Klassenstaates an Bedeutung. In diesem Jahre sorgte die gespannte internationale Situation, die monatelang Europa in einen Weltkrieg zu stürzen drohte, und die dem deutschen Volke ein neues Milliardenopfer für den bewaffneten Frieden auferlegte, dafür, daß die Maifeier sich wiederum zu einer wichtigen Demonstration für den Völkfrieden und den Arbeiterschutz gestaltete.

Zu einem blutigen Zwischenfalle kam es am 1. Mai in dem Nachbargebiete von Rüstingen-Wilhelmshaven. Als dort die zahlreichen Maifeiernden, wie in früheren Jahren, in losen Gruppen das Verjammlungslokal verlassen, um sich nach einigen Gartenlokalen in dem oldenburgischen Rüstingen zu begeben, wollten sie, weil das der nächste Weg war, die preussische Grenze passieren. Die Grenzstrafen waren von Schulheuten gesperrt. Als die friedlich dahingehenden Gruppen sich auf Aufforderung des kommandierenden Polizeibeamten nicht schnell genug rückwärts konzentrierten, ging die Polizei mit blanker Waffe gegen die wehrlose Menge vor, die keinerlei aggressive Absicht befundet hatte, und brachte sechs Personen erstere Verletzungen bei. Die offiziellen Telegraphenbureaus verbreiteten die Nachricht, daß in Rüstingen ein Umzug stattgefunden hätte, wobei die Demonstranten verhaftet hätten, mit Gewalt die preussische Grenze zu überschreiten. Das war ein nachträglich zur Rechtfertigung der unerhörten Polizeiattden erdormener Schwundel. Daß die bedauerliche Affäre noch ein gerichtliches Nachspiel für die Opfer des Polizeijähels haben soll, nimmt in Preußen nicht wunder.

Auch in Halle wurden Genossen, die sich am 1. Mai von den Gemerkchaftslokalen in losen Gruppen nach dem „Volkspar“ begeben wollten, von der Polizei auseinandergetrieben. Nach Schluß der Verjammlung im „Volkspar“ hatten die in kleinen Gruppen nach der Stadt zurückwandernden Genossen stürmische Auftritte mit der Polizei zu bestehen, die eine Anzahl Verhaftungen vornahm. Ferner ging die Polizei in Essen und Recklinghausen mit blanker Waffe gegen die demonstrierende Masse vor. — In einer größeren Anzahl von Städten verbot die Polizei Umzüge, die am 1. Mai stattfinden sollten, mit einer Begründung, die zu den bei Erlaß des Reichsvereinsgesetzes gegebenen Erklärungen in schroffem Widerspruch stand und mit dem Wortlaut des Reichsvereinsgesetzes nicht vereinbar war.

Parteipresse.

Die Zahl der täglich erscheinenden Parteizeitungen betrug am Ende des Geschäftsjahres 90. Es sind im Laufe des Jahres neu hinzugekommen: „Volkszeitung“ in Arnstadt, „Volkszeitung“ in Eisenach, „Weimarsche Volkszeitung“ in Jena, „Abendpost“ in Osnaabrück und „Dziennik Robotniczy“ in Kattowitz. Eingegangen ist das früher in Erfurt für die Weimarschen Wahlkreise herausgegebene Kopffblatt „Thüringen“ und die in Kattowitz erscheinende „Gazeta Robotnicza“ Neben den Tageszeitungen erscheinen das „Bayerische Wochenblatt“ und die „Volksmacht“ in Danzig zweimal wöchentlich.

Neue Parteidruckereien sind in Duisburg, Jena und Rostock errichtet worden; im ganzen sind jetzt 62 Parteidruckereien im Betriebe. Sieben Parteizeitungen werden noch in Privatdruckereien hergestellt.

Eine Umfrage über das an der Parteipresse beschäftigte Personal hatte folgendes Ergebnis:

Restangestellte Redakteure	267
Geschäftsführer	89
Kaufmännisches Personal	273
Sonstige Verwaltungangestellte	140
Restangestellte Inseratenaquilitoren	85
Technisches Personal	2646
Zeitungsausruäterinnen	7559

Am 25. Oktober 1912 tagte eine Konferenz von Vertretern der Parteigeschäfte, die sich mit einer Reihe wichtiger geschäftlicher Angelegenheiten beschäftigte. Wegen der Revision

Müllerliebe.

Roman von George Sand.
Deutsch von Heinrich Heine.

30. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
„Ihre Tochter liebt den Müller von Angibault — sie ist sehr krank und kann den Verlust verlieren wie ihre Schwester. Begreifen Sie, Herr Britolin?“

„Kann. Wohl sehe ich, daß meine Tochter eine Art Liebshaf in Kopfe hat. Das kann über Nacht wieder vergehen, wie es gekommen. Aber warum haben Sie so großes Interesse an meiner Tochter?“

„Was geht Sie das an? Wenn Sie aber nicht begreifen, daß man Freundschaft und Mitleid für ein reizendes Mädchen hegen kann, das leidet, so werden Sie doch wenigstens den Vorteil erkennen, Eigentümer von Blanchemont zu werden?“

„Das ist ein Scherz, Frau Baronin, Sie machen sich über mich lustig. Sie haben heute mit meinem größten Feinde, Herrn Talland, dem Notar, gesprochen, der Ihnen gewiß geraten hat, mich ordentlich bluten zu lassen.“

„Ohne jede Erbitterung gegen Sie hat er mir die angelegte meiner Lage nötigen Auskünfte gegeben. Nun aber weiß ich, daß ich in aller nächster Zeit einen Käufer finden und Sie, wie Sie sagen, ordentlich bluten lassen könnte.“

„Und der Müller von Angibault ist es, der Ihnen diesen guten Berater verschafft und mir es verheimlicht hat?“

„Was wissen Sie davon? Sie könnten sich sehr täuschen. Übrigens ist jede Erklärung über diesen Gegenstand unnütz. Wenn ich mich mit Ihrem Anerbieten zufrieden gebe — was kümmert Sie denn das übrige?“

„Aber das übrige... das übrige ist, daß meine Tochter einen Müller heiraten muß!“

„Auch Ihr Vater war ein solcher, bevor er als Pächter bei meinen Eltern eintrat.“

„Aber er hat Güter aufgehäuft, und heute zutage kehme ich eine Stellung ein, wo ich einen Schwiegerjohn beanspruchen kann, der mir hilft, Ihr Gut zu kaufen.“

„Es für dreihunderttausend Franks zu kaufen und vielleicht mehr?“

„Ich habe es Ihnen schon gesagt — die Freundschaft, das Vergnügen, Menschen glücklich zu machen, kurz alle Dinge, die Ihnen sonderbar vorkommen. Aber jeder hat ja seinen Charakter.“

„Ich weiß sehr wohl, daß Ihr Gatte zehntausend Franks für ein schlechtes Pferd gegeben haben würde — vierzigtausend für ein schlechtes Mädchen, wenn es ihn in den Kopf gekommen wäre. Das sind adelige Launen. Aber schließlich ist es zu begreifen — es war für ihn, es verschaffte ihm Annehmlichkeiten. Aber ein Opfer bringen, rein zum Vergnügen anderer, zum Vergnügen von Leuten, an denen Ihnen nichts liegt, die Sie kaum kennen.“

„Sie raten mir also, es nicht zu tun?“

„Ich rate Ihnen,“ sagte Britolin lebhaft, entsetzt über seine Ungeheuerlichkeit, „ich rate Ihnen, zu tun, was Ihnen gefällt! Man streitet nicht über Geschmack und Gedanken. Aber schließlich...“

„Aber schließlich misstrauen Sie mir, das ist klar. Sie glauben mich nicht aufrichtig in meinen Vorschlägen?“

„Sapperlot, Frau Baronin — welche Garantien würde ich dafür haben? Es ist die Laune einer Königin, die Sie jeden Augenblick wieder verlassen kann.“

„Darum eben müßten Sie sich beeilen, mich beim Worte zu nehmen.“

„Sie hat wahrhaftig viel Verstand,“ sagte sich Britolin. „In ihrer Narrheit hat sie größere Raubbütigkeit als ich.“

„Sagen Sie doch, Frau Baronin,“ erkundigte er sich, „welche Garantien würden Sie mir geben?“

„Einen schriftlichen Vertrag.“

„Unterzeichnet?“

„Sicher.“

„Und ich müßte Ihnen versprechen, Ihrem Schützling meine Tochter zur Frau zu geben?“

„Ehrenwort? Und dann...“

„Sie müssen Ihr Wort halten.“
Das Gesicht des Pächters veränderte sich.
„Mein Wort halten... mein Wort halten!“ stammelte er.
„Sie zweifeln also daran?“

„Nicht mehr, als Sie an dem meinigen zweifeln. Aber da Sie ein Schriftstück von mir fordern, verlange auch ich ein solches.“

„Und wie abgefaßt?“

„Ein Heiratsversprechen, das ich selbst aufsetzen und das Rosa unterschreiben würde. Natürlich unterschreiben auch Sie es.“

„Und wenn Rosa nach alle diesem noch eine Mitgift von mir verlangen würde?“

„Sie würde schriftlich darauf verzichten.“

„Das wäre ein famoseres Sparen,“ dachte Britolin. „Diese verurteilte Mitgift, die ich früher oder später hätte herausrücken müssen, würde mich vielleicht verhindern haben, Blanchemont überhaupt zu kaufen. Der Sorge um die Mitgift entgehen zu sein und Blanchemont für zweihunderttausend Franks erhalten — das bedeutet einen Profit von hunderttausend Franks. Nun, da gibts kein Zaudern. Noch dazu, wo auch Rosa verrückt werden will, muß ich wohl darauf verzichten, einen Schwiegerjohn zu finden... und einen Arzt im Jahrgelalt zu bezahlen... Und schließlich ist es doch auch gar zu trüblich. Es würde ein allzu großer Kummer für mich sein, sie häßlich und unfauber werden zu sehen wie ihre Schwester. Es wäre eine Schande für uns, zwei verrückte Mädchen zu haben. Sie wird zwar eine drollige Partie machen, aber das herrschaftliche Gut von Blanchemont ist doch auch kein Pappenstiel. Von der einen Seite wird man uns bekräfteln, von der anderen beneiden. Na, Britolin, sei einmal ein guter Vater. Das Geschäft ist nicht schlecht.“

„Frau Baronin,“ sagte er, „wie wär's, wenn wir den Versuch machten, ein solches Schriftstück aufzusetzen? Es ist doch ein sonderbarer Handel, und ich habe nie ein Muster dafür gesehen.“

„Ich gleichfalls nicht,“ antwortete die Frau von Blanchemont, „und ich weiß nicht, ob die Gesekmenschen ein solches kennen. Aber was schadet's! Mit gesundem Menschenverstande und Ehrlichkeit kann man ein besseres Affenstück auflegen als alle jene Handwerker.“

„Das sieht man alle Tage. Ein Testament zum Beispiel! Sogar das Stempelpapier macht dabei nichts aus. Aber ich

Der Parteigeschäfte wurde ein stimmig folgender Beschluß gefaßt:

Die Konferenz empfiehlt dringend, daß alle Parteigeschäfte in jedem Jahre mindestens einmal von dem Revisor des Parteivorstandes revidiert werden.

Wir haben diesem Beschluß zugestimmt und zu seiner Durchführung einen weiteren Revisor, den Genossen Adolf Schulz, Mühltringen, angestellt, der zu Beginn des neuen Geschäftsjahres seine Stelle angetreten hat. Im letzten Jahre sind 24 Parteigeschäfte revidiert worden und zwar 15 einmal und 9 zweimal.

Die Zahl der Abonnenten der Parteipresse betrug unter Hinzurechnung der „Gleichheit“ am 31. März 1913 146524 gegen 1478042 am 30. Juni 1912. Die Abonnementzahl hat sich also um 12830 verringert. Durch Veränderung des Geschäftsjahres mußte zum ersten Male die Abonnementfeststellung am 31. März erfolgen. Erfahrungsgemäß ist der Abonnementstand an diesem Termine immer an ungenügenden. Es haben aber auch die verschlechterten Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte, die sich im Baugewerbe besonders bemerkbar machten, auf den Abonnementstand ungünstig eingewirkt. In dem Abonnementrückgang sind 43 Parteiblätter beteiligt, während 47 Zunahme zu verzeichnen haben.

Das Pressebureau hatte einschließl. eines Kassensaldos von 4534,13 M eine Einnahme von 65673,53 M, der eine Ausgabe von 59780,34 M gegenüberstand. Kassensaldos am 1. April 1913 mithin 5893,19 M.

Der „Vorwärts“ erzielte vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 einen Gewinn von 196064,94 M. Der Abonnementstand des „Vorwärts“ betrug am 31. März 1913 157100.

„Der Wahre Jakob“ erzielte einen Gewinn-Saldo von 61075,96 M. Der Abonnementstand des „Wahren Jakob“ betrug Ende 1911 307000, 1. Juli 1912 350500, 31. März 1913 371000.

„Die Neue Zeit“ schloß mit einem Gewinn-Saldo von 2146,93 M ab. Der Abonnementstand der „Neuen Zeit“ betrug Ende 1911 10500, 1. Juli 1912 10300, 31. März 1913 10500.

„Die Gleichheit“ erzielte einen Gewinn-Saldo von 12022,31 M. Der Abonnementstand betrug: Ende 1911 94500, 1. Juli 1912 107000, 31. März 1913 112000.

Buchhandlung Vorwärts.

In dem Geschäftsjahre vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 hat die Buchhandlung Vorwärts über folgende Reueerscheinungen zu berichten:

Von der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“ wurden folgende Hefte neu herausgegeben: Heft 30, „Die Berufswahl“ von Dr. Jadel (10000); Heft 31, „Die Berufskrankheiten der Buchdrucker“ von Dr. Silberstein (10000); Heft 32, „Die Arzneimittel und ihre Verwendung“ von Dr. Viphüg (10000); Heft 33, „Das Auge und seine Erkrankungen“ von Dr. Seeligsohn (10000).

Nachgedruckt wurden: Heft 7, „Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten“ von Dr. Gebert (10000); Heft 13, „Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege“ von Dr. Munter (5000).

In der Serie „Sozialdemokratische Flugblätter“ sind neu erschienen: Heft 12, „Imperialismus oder Sozialismus“ (90000); Heft 13, „Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie vor Gericht“ (25000); Heft 14, „Die Greuel des Krieges“ (220000); Heft 15, „Krieg dem Kriege“ (95000); Heft 16, „Der Wahlrechtskampf vor dem Reichstage“ (37500).

In der Sammlung „Sozialdemokratische Frauen-Bibliothek“ sind neu erschienen: Heft 2, „Die Frauen in der Gemeindepolitik“ (12000); Heft 3, „Kinderarbeit, Kinderkutsch und die Kinderschutz-Kommissionen“ von Luise Zeit (11000).

Führer durch die Reichsversicherungsgesetzgebung: Heft 2, „Führer durch die Krankenversicherung“ (5000); Heft 3, „Führer durch die gewerbliche Unfallversicherung“ (5000); Heft 4, „Führer durch die landwirtschaftliche Unfallversicherung“ (5000).

Sonstige Gelegenheitsführer sind erschienen: „Der gewerbliche Arbeitsvertrag“ (10000); „Führer durch das Versicherungsrecht für Angestellte“ (10000); „Führer durch die Technik der preussischen Landtagswahlen“ (25000).

Nachgedruckt wurden: „Führer durch das Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ (5000); „Wie wird die Staatsangehörigkeit erworben?“ (2000); „Führer durch das preussische Einkommensteuerrecht“ (2000).

Im Rahmen der „Vorwärts-Bibliothek“ ist neu erschienen: „Das Land der Zukunft“ von Leo Kolisch; „Verstorbene Volk“ von Robert Grösch; „Der Prinzipienreiter“ von Wilhelm Bloss; „In den Tod getrieben“ von Ernst Preetzang. Nachgedruckt wurde: „Erweck“ von A. Ger.

habe davon hier. Ich habe immer welches im Hause, denn man muß es stets bei der Hand haben.

„Lassen Sie mich auf einem Papier einen Entwurf anfertigen und tun Sie das Gleiche. Wir werden dann auf Stempelpapier abhreiben.“

„Schreiben Sie, Frau Baronin,“ antwortete Briskolin, der kaum schreiben konnte. „Sie sind geistreicher als ich und werden etwas Besseres zustande bringen.“

Während Marcella schrieb, küßte Briskolin einen Wasserkrug in der Ecke und ohne daß Marcella es bemerkte, setzte er ihn auf die Ecke eines niedrigen Schrankes, hückte sich ein wenig und rief: „Ich mag die Gebanten zusammenhalten, dachte er. Der Verhandlung scheint mir zurückgekehrt zu sein. Aber dieses Wasser mit einem gut in Geschäften — es macht Mühe und mühsam.“

Von ihrem Herrn inspiriert und übrigens in ihren hochherzigen Entschlüssen mit großer Geistesstärke begabt, ließte Marcella eine Schrift auf, die ein Kurist als ein Meisterwerk an die Welt hätte heranzubringen können, obgleich sie in gutem Französisch geschrieben war und auch nicht einen Ausdruck der gehobenen Hochsprache aufwies und von der Irene und Friedrich der Schreiberin Zeugnis ablegte. Als Marcella sie Briskolin vorgelesen, war er betroffen von der Unvergleichlichkeit dieses Arienstückes, das er zwar nicht diktieren konnte, dessen Wert und Konsequenzen er jedoch sehr wohl erkannte.

„Der Teufel ist mit den Weibern!“ dachte er. „Ganz richtig heißt es, wenn sie sich zufällig mit Geschäften befaßen, so überwiegen sie den Geschäften unter uns Männern. Ich weiß ja auch, wenn ich meine Frau um Rat frage, wie gut sie eine offene Tür zu meinen Gunsten oder zu meinem Nachteil zu finden weiß. Ich wollte nur, sie wäre hier! Aber sie würde uns mit ihren Einwänden hindern. Nun, wir werden schon zusehen, wenn die Frage des Unterzeichnens an uns herantritt. Und wer sollte es denn glauben, daß diese junge Dame, eine Romanleserin, Republikanerin und ein überhöhter Kopf, fähig sei, einen solchen Einfall in uns auszuführen? Reihfahrig, ich verliere den Kopf vor Erstaunen. Trinken wir noch ein Glas Wasser. Heiß, wie jedes! Wie viel guten Wein werde ich nach dem Handel trinken können, um meinen Magen wieder in Ordnung zu bringen.“

XXXI.

„Ihr Schriftstück erscheint mir einwandfrei,“ erklärte Briskolin, als er es betrachtet hatte, wie Marcella es ihm ein zweites und drittes Mal vorgelesen, während seine Augen bei jeder Zeile des Lesens glänzten. „Nur an einem Punkte habe ich etwas anzusetzen — es ist der Preis, Frau

Marcella. Er ist um zwanzigtausend Franks zu teuer. Ich überlegte anfänglich nicht die Folgen, die eine Heirat meiner Tochter mit diesem Müller für mich haben würde. Man wird sagen, ich bin ruiniert, weil sie eine gar zu erbärmliche Partie macht. Das wird mir den Kredit rauben. Und dann hat dieser Barock nichts, um die Hochzeitsgeschenke zu kaufen. Das ist auch wieder eine Ausgabe von acht- oder zehntausend Franks, die mir zur Last fällt. Rosa kann doch nicht ohne eine hübsche Ausstattung sein. Ich bin sicher, sie legt großen Wert darauf!“

„Ich bin sicher, sie legt gar kein Gewicht darauf,“ antwortete Marcella. „Hören Sie, Herr Briskolin, sie weint — hören Sie es?“

„Ich höre nichts, Frau Baronin. Ich glaube, Sie täuschen sich.“

„Ich täusche mich nicht,“ entgegnete Marcella, indem sie die Tür öffnete. „Sie leidet, sie schluchzt. . . und ihre Schwester schreit. Wie, Sie zögern noch, Herr Briskolin? Es bietet sich Ihnen ein Weg, Ihren Reichtum zu mehren, indem Sie ihr gleichzeitig Gesundheit, Vernunft — ja das Leben vielleicht wiedergeben, und in einem solchen Augenblicke sind Sie darüber aus, noch mehr bei dem Handel zu verdienen! Wirklich!“ fügte sie entrüstet hinzu. „Sie sind kein Mann, Sie haben kein Herz! Sehen Sie sich vor, daß ich mich nicht eines Besseren bemerke und Sie in dem Verhängnis verlasse, das auf Ihrer Familie lastet wie eine Fährnis für Ihren Geist!“

Aus diesem heftigen Ausfall hörte der Pächter nur ein klar heraus — die Drohung, die Verhandlungen abzubrechen zu lassen.“

„Nun, Frau Baronin, lassen Sie mich zehntausend Franks ab,“ sagte er, „und wir sind einig.“

„Adieu!“ antwortete Marcella. „Ich werde Rosa besuchen. Überlegen Sie — ich habe es schon getan. Ich werde nichts an meinen Bedingungen ändern. Ich habe einen Sohn und ich vergesse nicht, daß, wenn ich an andere denke, ich ihm nicht alles nehmen darf.“

„Beruhigen Sie sich doch, Frau Marcella, und lassen wir die arme Rosa schlafen. Sie ist so krank!“

„Gehen Sie doch und sehen Sie sie selbst!“ sagte Marcella erregt. „Sie werden sich überzeugen, daß sie nicht schläft. Vielleicht rufen Ihnen ihre Leiden in Erinnerung, daß Sie ihr Vater sind.“

„O, das habe ich nicht vergessen,“ antwortete Briskolin, entsetzt bei dem Gedanken, die Baronin könne ihre Meinung ändern, wenn er ihr Zeit zum Nachdenken ließe. „Lassen Sie uns als das Schriftstück unterzeichnen, damit wir Rosa die Reuezeit überbringen und sie wieder gesund machen können.“

„Ich hoffe, Herr Briskolin, Sie werden ihr einfach Ihre Einwilligung geben, damit sie nie gewahrt wird, daß ich sie gekauft habe.“

„Sie wollen nicht, daß sie von diesen Abmachungen wissen erfährt? Das paßt mir gerade! Dann ist es ja auch überflüssig, daß sie das Schriftstück unterzeichnet.“

„Verzeihung — sie wird unterzeichnen, ohne zu wissen, um was es sich handelt. Es soll eine Art Mitgift sein, die ich ihrem Bräutigam schenke.“

„Das kauft auf dasselbe hinaus. Aber mir ist's gleich, Rosa ist verständig genug, um zu erkennen, daß ich sie nicht so dumm verheiratet konnte, ohne ihr irgendeinen Vorteil für die Zukunft aufzuspahren. Aber die Zahlung, Frau Marcella — Sie verlangen also, daß sie in bar geschähe?“

„Sie sagten mir, Sie seien in der Lage.“

„Ohne Zweifel bin ich das. Ich habe kürzlich ein kleines Nachgut verkauft, das mir zu abgeben war und für das ich vor acht Tagen bare Zahlung erhalten habe. Das kommt in unserer Gegend selten vor. Aber es ist ein großer Herr, der es mir abgekauft hat, und diese Leute haben ganze Koffer voll Geld. Es ist ein Pair* von Frankreich, der Herzog von A., der sein Besitztum erweitern und einen Part auf meinem Gute anlegen wollte. Es paßt gerade — ich habe ihm teuer verkauft, wie es eben recht und billig war!“

„Gleichviel — Sie haben das Kapital?“

„Ich habe es in schönen Banknoten in der Briefstasche,“ antwortete Briskolin, die Stimme senkend. „Ich werde sie Ihnen zeigen, damit Sie ohne Sorge sein können.“

Und nachdem er die Türen verriegelt, zog er eine dicke Briefstasche aus seinem glänzenden Leder aus dem Gürtel, in der sich eine Anzahl Anweisungen auf die Bank von Frankreich aufhäuften. Doch er war erstaunt über die gleichgültige Miene, mit der Marcella sie zählte.

„O,“ sagte er, „es wird mir angst und bange, wenn man so viel Geld zusammen hat. Zum Glück gibt es keine Fußbrener mehr und man kann wagen, es einige Tage im Hause zu behalten. Ich trage es den ganzen Tag bei mir. Nachts lege ich es unter das Kopfkissen und schlafe darauf. Wie gern möchte ich es los sein! Wenn ich nicht sofort das Geschäft mit Ihnen gemacht hätte, würde ich einen eisernten Geldschrank gekauft haben, um es einzuschließen, während ich darauf wartete, es irgendwo anzulegen. Denn es einem Notar oder Bankier anzuvertrauen — so dumm! Daher auch ist es mein Wunsch, das Geschäft noch heute abend zum Abschluß zu bringen, damit ich diesen Schatz nicht mehr zu hüten brauche.“

(Fortsetzung 6-14)

*) Früher: Groschall eines Herrschers.

von den „Einführungen in Theaterstücke“ ist neu erschienen: Rosenow, „Die im Schatten Leben“, von Dr. Max Albert Rosenow (5000). Nachgedruckt wurden: Schiller, „Rathale und Liebe“ von Franz Mehring (5000); Rosenow, „Rater Lampe“ von Hermann Wendel (5000); Max Halbe, „Jugend“ von Hermann Wendel (5000); Gehart Hauptmann, „Die Weber“ von Franz Diederich (5000).

In der Serie „Sozialdemokratische Theaterstücke“ ist neu erschienen: „Kottkoller“ von Ludwig Lessen (1000).

„Der Arbeiter-Kalender“ wurde in einer Auflage von 28000 Exemplaren gedruckt.

Ein neues Unternehmen ist unter dem Titel: „Internationales Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung“ ins Leben gerufen worden. Es erscheinen jährlich vier Hefte zum Jahresabonnementspreis von 10 M.

Das „Protokoll vom Parteitag in Chemnitz“ erschien in einer Auflage von 29000 Exemplaren; das „Protokoll des preussischen Parteitages in Berlin“ in einer Auflage von 5000 Exemplaren. Vom „Protokoll des Internationalen Kongresses von Basel“ wurden 9000 Exemplare hergestellt.

Klassiker: Neu herausgegeben wurden „Reuters Werke“, Auflage 15000 Exemplare.

Außerdem sind folgende Schriften neu herausgegeben worden: „Der Balkankrieg“ von Otto Bauer (9000); „Mann der Arbeit, her zu uns!“ von Paul Göhre (30000); „Entwickelungsgeschichte der Erde“ von Engelbert Graf (5000); „Die Akkumulation des Kapitals“ von Rosa Luxemburg (2000); „Der preussische Landtag“; Handbuch für sozialdemokratische Landtagswähler (2500); „Unterm Brennglas“ von Adolf Glasbrenner, herausgegeben von Franz Diederich (3000); „Der kleine Stadtbaumeister“ von Heinrich Pralle (2000).

In neuer Auflage resp. Nachdruck wurden folgende Schriften herausgegeben: „Nieder mit den Sozialdemokraten“ von Braude (22500); „Die Parteien in der großen französischen Revolution“ von Heinrich Cunow (2000); „Grundzüge und Fortderungen“ (75000); „Herr Bastian Schulze“ von Ferdinand Lassalle (2000); „Lohnarbeit und Kapital“ von Karl Marx (6000); „Das kommunistische Manifest“ (11000); „Programm und Organisation der Partei“ (10000); „Bist du eine der Anrigen?“ von Luise Zeit (80000); „An den Einzelnen, auf den es nicht ankommt“ (100000); „Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturwelt“ von Kampffmeyer (5000); „Gehört du zu uns?“ von Heinrich Schulz (55000), herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands.

Der Warenumsatz der Buchhandlung Vorwärts betrug: im letzten Geschäftsjahr 623 245,64 M im Vorjahr 790 709,64 M mithin weniger 167 464, — M

Dabei ist zu berücksichtigen, daß das letzte Geschäftsjahr nur 9 Monate umfaßt.

Die „Kommunale Praxis“ hatte für die Zeit vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 folgendes Ergebnis:

a) Eingänge:

Abonnements 23 553,20 M
Zinse und Beilagen 300,50 M
Zuschuß der Buchhandlung Vorwärts 1 038,66 M
24 912,36 M

b) Ausgänge:

Redaktion 4 861,58 M
Mitarbeiter 4 194,92 M
Druck und Buchbinderei 13 190,05 M
Expedition und Agitation 2 665,81 M
24 912,36 M

Die Abonnementzahl betrug am 31. März 1913 3530 Exemplare.

Parteischule.

(Siebenter Jahresbericht 1912/13.)

Der siebente Kursus der Parteischule dauerte vom 1. Oktober 1912 bis 29. März 1913. Es haben 29 Genossen und 2 Genossinnen, also im ganzen 31 Personen, an dem Kursus teilgenommen. Von den Teilnehmern waren 23 Genossen und 2 Genossinnen von den Bezirksorganisationen der Partei, 6 Genossen von den Gewerkschaften entandt. Der Bauarbeiterverband hatte wie in früheren Jahren 2 Mitglieder geschickt, der Bergarbeiterverband und der Transportarbeiterverband, die auch schon früher die Parteischule besuchd hatten, stellten je 1 Mitglied, der Textilarbeiter- und der Holzarbeiterverband entsandten zum ersten Male je 1 Mitglied auf die Parteischule.

Der Lehrplan war im wesentlichen der gleiche wie in früheren Kursen. Geschichte und Nationalökonomie standen mit insgesamt 543 Stunden an der Spitze. Davon entfielen

im einzelnen auf Wirtschaftsgeschichte und Nationalökonomie 242, auf Deutsche Geschichte 100, auf Geschichte der gesellschaftlichen Entwicklung 102, auf Geschichte des Sozialismus 80, auf materialistische Geschichtsauffassung 28 Stunden. Auf die juristischen Fächer entfielen insgesamt 104 Unterrichtsstunden, davon 74 auf Arbeiterrecht und 34 auf Strafrecht und Strafvollzug. Für die Behandlung des Erfurter Programms waren 52 Stunden vorgesehen, auf die formalen Unterrichtsfächer entfielen 70 Stunden.

Leider konnte der diesmalige Kursus nicht ungehindert verlaufen. Die Polizeibehörde stellte die für den preussischen Staat bedenkliche Lastfrage, daß einer der Lehrer, der schon seit einigen Jahren über Geschichte des Sozialismus vorgelesen hatte, von Geburt Deutscher ist. Die Polizei verlangte deshalb von ihm, daß er seine Lehrtätigkeit an der Parteischule aufgebe, widrigenfalls er aus Preußen ausgewiesen werden würde. Natürlich erwiderte die Behörde mit dieser Kleinlichen Nadelstichpolitik nicht ihren Zweck. An die Stelle des bisherigen Lehrers für Geschichte des Sozialismus trat Genosse Dr. Hermann Dunder.

Zur Erlebigung der Schulangelegenheiten haben 5 Lehrerkonferenzen stattgefunden.

Mit dem Ergebnis des diesjährigen Kursus waren das Lehrerkollegium wie auch die Schüler in vollem Maße zufrieden.

Um eine Uebersicht über die von den Lehrern behandelten Unterrichtsstoffe zu erlangen, haben die Lehrer am Ende jeder Stunde den an dem betreffenden Tage behandelten Stoff kurz skizziert. Diese Uebersicht über die einzelnen Unterrichtsgebiete wird in Kürze veröffentlicht werden.

Zentralbildungsausschuß.

(Siebenter Jahresbericht 1912/13.)

1. Allgemeines.

Im verfloffenen Jahre wurde die Bildungsarbeit im Gegenatz zu den beiden vorhergegangenen Jahren nicht durch große politische Aktionen beeinflusst. So sehr unter Umständen wichtige politische Vorgänge die Bildungsarbeit schnell und stark in einer besonderen Richtung vorwärts treiben können, so ist es doch andererseits wiederum notwendig, daß Jahre ruhiger Entwicklung kommen, in denen die Bildungsausschüsse ungehindert von aktuellen politischen Angelegenheiten für die systematische Aufklärung der organisierten Arbeiter wirken können. Die Kurze des Berichtsjahres entnahmen ihre Stoffe deshalb fast allen Gebieten des Wissens. Ihre Hauptaufgabe sahen die Bildungsausschüsse allerdings nach wie vor in der Veranstaltung von Kursen über Nationalökonomie und wissenschaftlichen Sozialismus. Aber daneben haben im vergangenen Jahre viele Kurse über Naturwissenschaft, über Technik, über Literaturgeschichte, über Kunst, über Vortragswesen stattgefunden. Auch künstlerische Veranstaltungen haben die Bildungsausschüsse mehr als im vorhergegangenen Jahre eingerichtet.

2. Organisatorisches.

Der Ausbau der Bildungsorganisation hat im Berichtsjahre erfreuliche Fortschritte gemacht. Fast alle Orte, in denen es politische und gewerkschaftliche Organisationen gibt, haben auch einen örtlichen Bildungsausschuß zur Erfüllung der gemeinsamen Bildungspflicht eingeseht. Ebenso haben fast alle Parteibeirke einen Bezirksbildungsausschuß. In Hannover, wo formell ein Bezirksbildungsausschuß noch nicht besteht, werden die Aufgaben von Sekretär des Bezirksvorstandes der Partei erledigt. In Baden und Braunschweig ist je ein Bezirksbildungsausschuß in Vorbereitung, in Dresden versteht die örtliche Bildungsorganisation vorläufig noch in Verbindung mit dem Bezirksvorstande der Partei die Funktionen des Bezirksbildungsausschusses. In allen anderen Bezirken sind Bezirksbildungsausschüsse eingerichtet, die zum Teil schon auf eine mehrjährige Tätigkeit zurücksehen können und zur Ausbreitung und zweckmäßigen Vorbereitung und Einrichtung der Bildungsarbeit je länger je nützlicher zu wirken vermögen. Der Zentralbildungsausschuß vermittelt Kräfte für Kurse und Veranstaltungen an die örtlichen Bildungsausschüsse fast nur noch durch die Bezirksbildungsausschüsse, weil dadurch die Arbeit für beide Teile zweckmäßiger und einfacher eingerichtet werden kann.

Noch nicht vollständig ausgebildet ist die Organisation der Bildungsarbeit in den Wahlkreisen. In solchen Wahlkreisen, in denen selbst die politische Organisation noch mit den Schwierigkeiten des Anfangs zu kämpfen hat, ist ein Kreisbildungsausschuß auch noch kaum am Platze. In einer Reihe von Wahlkreisen, in denen die Vorbedingungen vorhanden wären, hat man dagegen die Aufgabe eines Kreisbildungsausschusses noch nicht richtig erkannt und aus diesem Grunde von der Einsetzung eines Kreisbildungsausschusses bisher noch abgesehen. Wo aber bei guter Parteiorganisation

eines Wahlkreises bisher auch schon ein Kreisbildungsausschuss im Einverständnis mit den leitenden Genossen geschaffen worden ist, leistet er der Bildungsarbeit vortreffliche Dienste. Ein Wahlkreis vermag besser als die Bezirksleitung zu übersehen, an welchen Orten des Kreises eine bestimmte Art von Bildungsarbeit vorzuziehen ist. Der Kreisbildungsausschuss vermag auch durch unmittelbare Einwirkung auf die Wahlkreisleitungen unter Umständen eine Ermäßigung der Kosten für Wanderkurse und andere Bildungsarbeiten noch über die Ermäßigungen des Zentralbildungsausschusses hinaus aus den Mitteln des Kreises herbeizuführen.

Zur besseren Verständigung des Zentralbildungsausschusses mit den Bezirks-, Kreis- und Ortsbildungsausschüssen hat die Zentrale ein Mitteilungsblatt geschaffen, von dem bisher zwei Nummern erschienen sind. Der Zentralbildungsausschuss hat vorläufig noch davon abgesehen, ein selbständiges Organ für die Arbeiterbildung zu schaffen, wie es ein vom Chemnitzer Parteitag dem Bildungsausschuss übermiesener Antrag verlangte. Das neugegründete Mitteilungsblatt soll lediglich dem Zwecke der Verständigung und den technischen Aufgaben der Bildungsorganisation dienen.

Die Zahlen über den Geschäftsverkehr des Zentralbildungsausschusses beziehen sich nur auf einen Zeitraum von 9 Monaten, weil auch der Zentralbildungsausschuss dem Vorbild der Partei entsprechend, das Geschäftsjahr jetzt vom 1. April beginnen läßt. Trotz der Verkürzung um ein Vierteljahr ergeben die Zahlen ein Mehr des Geschäftsverkehrs. An Postsendungen sind eingegangen: 1473 Karten (gegen 1020 Karten im Vorjahre), 2045 (1586) Briefe, 633 (849) Drucksachen, 93 (196) Pakete, 25 (7) Telegramme. In gleicher Zeit gingen aus 295 (379) Karten, 3009 (2284) Briefe, 3146 (5150) Drucksachen, 143 (189) Pakete, 67 (73) Geldsendungen, 15 Telegramme.

Der Bildungsausschuss hat im verflossenen Jahre 3 Volkshilfen abgehalten.

Mit der Zentrale für die arbeitende Jugend arbeitet der Zentralbildungsausschuss in Bildungsfragen nach wie vor hand in Hand. Seine Wanderredner, besonders die naturwissenschaftlichen, stehen auch den Jugendausschüssen zur Verfügung.

Aus der Partei.

Groß-Berlin und der Vorwärts. Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Verbandes von Groß-Berlin befaßte sich am Sonntag mit den Ursachen, die zum Rückgang des Abonnementstandes des Vorwärts geführt haben. Stadthalger hatte in einer früheren Generalversammlung behauptet, daß die Redaktion des Vorwärts immer mehr nach rechts gedrängt werde, und daß darin eine der Ursachen des Rückganges zu suchen sei. Parteivorstandsmitglied Müller bestritt, daß der Parteivorstand einen Einfluß auf die Haltung des Vorwärts ausübe. Diese Darstellung wurde auch gestützt durch die vorausgegangenen Ausführungen des Vorwärts-Redakteurs Däumig, der die Haltung des Vorwärts als durch das Ergebnis einer 40jährigen parlamentarischen Arbeit bedingt erklärte. Der Vorsitzende der Pressekommision, Weis, stellte fest, daß die Pressekommision eine Resolution angenommen hat, in der ausgesprochen wird, daß die Haltung des Vorwärts mit den Grundsätzen und Beschlüssen der Partei im Einklang stehen und daß dies auch in Zukunft erwartet werde. Die Generalversammlung beschloß die Einsetzung einer Kommission, den Ursachen des Abonnementrückganges nachzuforschen und Mittel zur Abhilfe vorzuschlagen hat.

Mit der Tagesordnung des Jener Parteitages beschäftigte sich am Sonntag eine Delegiertenversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis, die von etwa 170 Delegierten, darunter 7 Genossinnen, besucht war. Reichstagsabgeordneter Kunert-Berlin, der Vertreter des Wahlkreises, nahm in seinem Referat über „Taktische Fragen und der Parteitag in Jena“ eine die Haltung der Fraktion bei den Deckungsvorlagen entscheidende mißbilligende Stellung ein. Die Zustimmung der Fraktion zum Wehrbeitrag und zur Vermögenszuwachssteuer sei vollkommen überflüssig gewesen. Redner bezeichnete es als geradezu unerhört, daß die Fraktion es fertig gebracht habe, die Mittel zur Bemittlung zur Stärkung eines auf die Unterdrückung des Volkes gerichteten Systems. Er verwarf sodann die Straßendemonstration in ihrer jetzigen Art als politisches Kampfmittel, da das Proletariat in dem Massenstreik eine viel wirksamere Waffe habe. Der Massenstreik würde und müsse kommen, deshalb müßten die Massen gerufen sein. Wir brauchen eine Politik der revolutionären Taktik, der revolutionären Strategie, dann würde es auch vorwärts gehen. — In der anschließenden Diskussion verteidigte außer dem Reichstagsabgeordneten Thiele nur ein Redner die Haltung der Fraktion, während Reichstagsabgeordneter Albrecht und einige weitere Redner teilweise sehr scharfe Kritik an der Stellungnahme der Fraktion übten. In einer mit allen gegen 24 Stimmen angenommenen Resolution zum Jener Parteitag wurde die Zustimmung unserer Fraktion zu den beiden Steuergesetzen als ein Verstoß gegen einen fundamentalen sozialdemokratischen Grundsatz, als ein schwerer politischer Mißgriff bezeichnet und die unbedingte Erwartung ausgesprochen, daß die Anwendung einer besseren Taktik die Fraktion in Zukunft vor ähnlichen Entgleisungen bewahren werde. — Genosse Kunert hatte gleichfalls eine Resolution eingebracht, in welcher gefordert wird, daß der Parteitag die Frage des Massenstreiks auf die Tagesordnung setzt und die Beschlüsse von Wannheim und Jena bestätigt. Im zweiten Absatz der Resolution heißt es: „Der Parteitag erwartet neben der Propagierung der Idee des Massenstreiks, daß die Partei in allen ihren Teilen und Instanzen — im Falle des Ernstes und der zwingenden Notwendigkeit einer kommenden politischen Gesamtsituation — alle vorbereitenden und ausführenden Maßnahmen mit den Gewerkschaften und den Genossenschaften ergreifen wird, um eine Generalstreiksaktion zielreicher und erfolgreich zur Förderung höchster Lebensinteressen des Proletariats durchzuführen. Der Parteitag rechnet also unbedingt darauf, daß die sozialdemokratische Partei einer solchen historischen Aufgabe und kritischen Situation unter keinen Umständen ausweichen, sondern tatbereit sein wird, alle erforderlichen Konsequenzen daraus zu ziehen.“ — Der erste Absatz wurde mit allen gegen eine Stimme, der zweite mit allen gegen vier Stimmen angenommen. — Durch einstimmige Annahme einer weiteren Resolution wurde der Vorstand ermächtigt, in Gemeinschaft mit dem Kartell eine Petition an die Stadterwaltung zu richten, in welcher zur Bänderung der Arbeitslosigkeit eine ganze Reihe von Forderungen unterbreitet werden. — Einstimmig wurde noch beschlossen, das halleische „Volkblatt“ durch Einführung einer täglichen Feuilletonbeilage auszubauen und die Redaktion zu verstärken, ohne dabei den 60 Wp. monatlich betragenden Abonnementspreis zu erhöhen. — Gegen die Haltung der Reichstagsfraktion bei den Wehr- und Deckungsvorlagen nahm auch eine starkbesuchte Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Gienburg (Wahlkreis Delsch-Bitterfeld), in welcher Reichstagsabgeordneter Genosse Raute die Abstimmung der Fraktion kritisch beleuchtete, Stellung. Die übergroße Mehrheit der Versammlung tadelt die Bewilligung von Mitteln für eine Militär-

vorlage; sie erblickt darin einen groben Verstoß gegen unser Parteiprogramm und gibt sich der Hoffnung hin, daß der Parteitag das Richtige treffen werde, um der Gesamtpartei und der Fraktion eine Richtschnur im Sinne unserer Prinzipien zu geben.

Aus den Organisationen. Der Sozialdemokratische Verein Köln-Stadt und Köln-Land hielt am Sonntag seine Generalversammlung ab. Nach der Abrechnung des Kassierers, die Zeit vom 1. April bis 30. Juni umfassend, balancierten Einnahme und Ausgabe mit 12 816,10 Mk.; die Mitgliederzahl betrug am Ende des Quartals 8089. Gegenüber der letzten Abrechnung ist ein kleiner Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen, doch haben sich die Klassenverhältnisse erheblich gebessert. Genosse Sollmann referierte über den Bericht des Parteivorstandes und die Aufgaben des Parteitages in Jena. Er brachte folgende Entschlüsse ein, die einstimmig Annahme fand: Der Sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Köln-Stadt und Köln-Land beantragt, auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen: Die preussische Wahlrechtsfrage und der politische Massenstreik. In der Diskussion kritisierten einige Genossen die Haltung der Reichstagsfraktion zu den Deckungsvorlagen. Es wurde noch folgender Antrag zum Parteitag angenommen: Änderungsantrag zu § 27 des Organisationsstatuts: Bei § 27, Abs. 4 hinter die Worte: „so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache vor ein Schiedsgericht zu bringen“ ist anzufügen: „in diesem Falle muß das Schiedsgericht gegen alle Angehörigen verhandeln, wenn einer der Angestellten Besitzer eremnt.“ Die Genossen Sollmann und Fries wurden zum Parteitag delegiert.

Hinterstufen-Katzen und Traktat. Vor einigen Wochen brachte irgend ein obstures Winkelblatt folgende geistreiche Notiz: „Ein siebenjähriges Kind fand in diesen Tagen vor dem Hause Czjanzstraße 1 in Lichterfelde eine Tasche mit 300 Mk. Inhalt, die es in die Bäckerei trug, da sie anscheinend eine Kundin von dort verloren hatte. Als Besitzerin der Tasche zeigte sich dann die Frau eines bekannten sozialdemokratischen Abgeordneten, der in der Nähe wohnt. Die Frau kaufte dem Kinde zum Danke für zehn Pfennig Kuchen! Als die Mutter des Kindes bei der Verkäuferin vor sprach, um die Frage des Funderlohnes in höflicher Weise zu besprechen, wurde sie in einer wenig angenehmen Weise empfangen und behandelt. Jemand ein Pfennig Entschädigung ist noch nicht erfolgt.“ Des Geschichtchen war so lächerlich, wie unwahr. Einen Tropfen Linte daran zu verschwenden, schien nicht minder lächerlich. Aber bald stellte sich heraus, daß dies das Niveau — der bürgerlichen Sozialistiker-Presse erheblich überschätzen hieß. Die neue geistige Waffe wurde fast allenthalben mit Begeisterung in das Arsenal aufgenommen; mehr oder weniger verschönert natürlich; vor allem wurden aus 300 Mk. 800 Mk. gemacht, auf daß die Törligkeit des Geschosses auf das zweifelhafte zweifelhafte wachse. Schließlich wurde der Name des Gen. Liebknecht als des Uebelthäters benannt, der eine solche schauerhafte Ehehälfte sein eigen nenne. Wie steht's nun mit der Wahrheit? Vor vier Monaten oder länger entgilt der Frau des Gen. Liebknecht auf dem Wege zwischen zwei unmittelbar nebeneinanderliegenden Geschäften — d. h. auf einem Weg von höchlichst wenigen Schritten, die noch dazu meist durch Vorgärten führten, in einer gänzlich verkehrslosen Straße — ihre Handtasche, in der sich u. a. eine gerade abgeholte Geldsumme von 300 Mk. befand. Ein ihr völlig unbekanntes kleines Mädchen, das auf der Straße gespielt hatte, brachte der Genossin Liebknecht die heruntergefallene Tasche sofort in das eben betretene Geschäft nach, wo sie das Fehlen der Tasche im gleichen Moment hätte bemerken müssen. Die Sache lag so, daß der Gedanke an einen Funderlohn so wenig aufkommen konnte, wie wenn ein Mitreisender einem Aussteigenden ein momentan liegen gelassenes Gepäckstück nachreicht. Zur Belohnung für die kleine Gefälligkeit — nur eine solche kam in Frage — erhielt die Kleine ein Stück Kuchen. Die Sache war damit für jeden verständigen Menschen abgetan. Aber das Schicksal wollte es anders. Nach mehreren Monaten erschien eine unbekannte Frau bei der Frau des Genossen Liebknecht und forderte als angebliche Mutter des Kindes mit großer Erregung — 30 Mk., d. h. das Doppelte des Funderlohns, der, falls ein Fund im gesetzlichen Sinne vorgelegen hätte, zu zahlen gewesen wäre. Die Zahlung dieses Betrages wurde verweigert, aber ein kleinerer geboten. Der Disput über die von der Frau des Gen. Liebknecht bereits vergessen gewesene Fundgeschichte wurde von dieser mit der Bemerkung geschlossen, sie werde mit ihrem Manne sprechen. Als dieser bald darauf durch einen Brief, aus dem der Name und die Adresse der Frau zuerst erschlich wurde, zur Zahlung des erwähnten „Funderlohnes“ aufgefordert wurde, wurde die Angelegenheit ohne Verzug geregelt, obwohl kein Ansprach auf irgend einen Funderlohn bestand, da kein Fund im gesetzlichen Sinne vorlag, und obwohl jeder etwaige Anspruch bereits monatelang verjährt war. Trotz dieses über alle Verpflichtung hinausgehenden Entgegenkommens des Gen. Liebknecht und seiner Frau in einer rein zivilrechtlichen, jedes öffentlichen Interesses entbehrenden Differenz nun dieser Pressekritik, den auch nur als Waschfrauenkatzen zu bezeichnen, wahrlich eine Beleidigung aller Waschfrauen der Weltgeschichte bedeuten würde.

Eine drängende Ausgabe des sozialdemokratischen Parteitages! Die „Münchener Post“ schreibt: „Wir stehen mitten in einer verheerenden Wirtschaftskrise. Durch alle Groß- und Industriestädte dröhnt der Notgeschrei der arbeitslosen Volksmassen. Die Stadterretungen befürchten die Landesregierungen mit Petitionen um schnelle und umfassende Einleitung von Notstandsmaßnahmen. Unter dem Druck der Lebenswahren, das Massenelend findenden Berichte des Münchener Gewerkschaftsvereins hat sich der bayerische Landesregent zu einer Kundgebung für eine Arbeitslosenversicherung entschlossen. In München, Nürnberg usw. begreifen jetzt selbst die bürgerlichen Kreise, daß man mit planlosen, nur auf den Augenblick eingestellten Notstandsaktionen nicht mehr vorwärts kommen kann. Das Kleinbürgerium empfindet schmerzvoll die schwindende Kaufkraft der Massen. In den bürgerlichen Ratsstuben, in denen man in den für unser Großbürgerium fetten Jahren der Hochkonjunktur nur zu leicht die Lebensängste des arbeitenden Volkes vergißt, erinnert man sich plötzlich der Forderung, die seit Degenien schon die Vertreter der Sozialdemokratie erheben: der Forderung der Einführung der Arbeitslosenversicherung. Im Münchener Armenrat, der im Rat erklärte ein bürgerlicher Rat, Herr Gruber, daß die Not, das Elend, die Verzweiflung und der Hunger auf eine „fürchtbare Wunde“ hinweisen, die durch den Arbeitsmangel der Stadt geschlagen wird. Der Magistrat lebe wohl in den letzten Tagen vermehrte Arbeitslosigkeit geschaffen, aber alles das reiche nicht aus. Eine durchgreifende Hilfe sei nur von der Einführung der Arbeitslosenversicherung zu erwarten. Endlich bekennt man sich also auf die soziale Reformmaßnahme, an deren Lösung die freien Gewerkschaften nicht nur theoretisch, sondern praktisch mit ihren Arbeitslosenversicherungen gearbeitet haben. In diesem Moment, da sich endlich dank der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Propaganda die öffentliche Meinung für eine Arbeitslosenversicherung entschlossen hat, muß die Sozialdemokratie die Führung der Bewegung für eine Arbeitslosenversicherung übernehmen. Zunächst hat sie nach unserer Meinung die Arbeitslosenversicherung auf die

Tagesordnung ihres heutigen Parteitages in Jena zu setzen. Wir haben in unseren Reihen der Genossen genug, die mit tiefgründiger Kenntnis des Arbeitslosenproblems zugleich bewährte Praxis in dieser Versicherungsfrage verbinden. Es fällt daher leicht, einen Referenten für diese Frage des Arbeitslosenproblems zu finden. Die Arbeitslosenfrage ist seit den praktischen Erfolgen der Gewerkschaften auf diesem Gebiet längst aus dem Stadium akademischer Erörterungen getreten. England, das erst jüngst die Bahn der öffentlich-rechtlichen Zwangsversicherung beschritt, hat uns in seinem Schnelllauf längst überannt und eine weitgedachte Arbeitslosenversicherung für große Gruppen der englischen Arbeiterschaft ins Leben gerufen. Hat der Parteitag die Grundzüge einer Arbeitslosenversicherung klar aufgezeichnet, so fehlt eine große Aktion für diese Versicherung im Reichstag, in den Landtagen, in den Rathäusern ein. 111 sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete im Reichstag für die Arbeitslosenversicherung und vier Millionen Wähler außerhalb des Parlaments für sie! Jetzt ist der Moment gekommen, da die Sozialdemokratie nicht nur im Namen millionenföhriger Massen, sondern zahlreicher Gruppen eine sozialpolitische und humane Großtat verrichten kann. Wohl an, es lebe die Tat! Im planvollen Schaffen für richtig erkannte soziale Massenwünsche, in geschicktem Wählen des richtigen Augenblicks zur Erfüllung dieser Wünsche zeigt die Sozialdemokratie ihre wirkliche Kraft und Stärke.“ Wir können diesem Vorschlag nur zustimmen. Die Arbeitslosenfrage, die ja schon den Internationalen Kongreß in Kopenhagen beschäftigt hat, ist die brennendste soziale Frage unserer Zeit.

Die Gruppe Bauarbeiterhygiene auf der Internationalen Baufachausstellung in Leipzig

Der Schutz, den die Arbeiter im allgemeinen und die Bauarbeiter im besonderen fordern, soll sich nicht nur auf direkte Unfallgefahren beschränken, soll nicht nur Verletzungen vorbeugen, sondern so wirksam wie möglich alles abwenden, was irgendwie Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährden könnte. Es soll vor allen den schleichenden Berufskrankheiten, den Gewerkekrankeheiten, ein Damm gesetzt werden. Daß es eine ganze Menge solcher Gewerkekrankeheiten im Baugewerbe gibt, ist in dem Hause der Gewerkschaften auf der Baufachausstellung an zahlreichen Beispielen deutlich zum Ausdruck gebracht. Was hier von den Gewerkschaften dargestellt wird, wird in der Gruppe Bauarbeiterhygiene von Männern der Wissenschaft nicht nur glatt bestätigt, sondern noch umfassender und mit Mitteln, die den Arbeitern nicht zur Verfügung stehen, noch überzeugender dargestellt. Unter der fachverständigen Leitung des Leipziger Arztes Dr. Kühn ist in der Gruppe Bauarbeiterhygiene mit großem Eifer und viel Geschick eine Fülle wissenschaftlichen Materials zusammengetragen worden, wie es in einer solchen Uebersichtlichkeit und einem solchen Zusammenhange wohl noch niemals gezeigt worden ist. Was hier zur Schau gestellt ist, zeigt den mangelhaften Bauarbeiterchutz von rein hygienischen Gesichtspunkten und gestattet einen tiefen Einblick in die unsozialen und unhygienischen Zustände, unter denen weite Kreise der Arbeiter, insbesondere die Bauarbeiter, heute noch zu leiden haben.

Da sind in erster Linie interessante Feststellungen des bayerischen Gewerkschaftsvereins aus der Sammlung des Arbeiter-Museums. Beweise für die Verheerungen verschiedener sogenannter Gewerkekrankeheiten. In den Jahren 1907 bis 1910 sind in Bayern Untersuchungen über die Folgen der Bleivergiftungen vorgenommen worden und das Ergebnis war, daß neben Erkältungskrankheiten, die mit 30 Prozent festgestellt wurden, Bleivergiftung eine der wesentlichsten Erkrankungen bilden, nämlich von 500 untersuchten Malern waren 21,5 Prozent von dieser Krankheit befallen. Fast dreimal so viel Bleierkrankungen als Verletzungen waren zu verzeichnen, denn die Verletzungen betragen nur 8 Prozent. Die Folgen dieser Bleierkrankungen werden in Bildern und Modellen dargestellt, ähnlich so, wie es der Zentralverband der Maler im Gewerkschaftsgebäude zur Darstellung gebracht hat. Eine Sammlung von bleihaltigen und bleifreien Farben dient zur weiteren Erläuterung. Dazu kommen noch verschiedene Terpentinermitteln, die ebenfalls eine Gefahr für die Maler bilden, weil sie Hautreizungen und besonders Kopfschmerzen, Schwindel, Ohnmachten erzeugen können. Uebrigens bleibt die Bleigefahr nicht allein auf die Maler beschränkt, sondern besteht auch, wenn vielleicht nicht in so ausföhrlichem Maße, in anderen Bauberufen, wo Bleiverwendung in Frage kommt. Aus der Sammlung des bayerischen Arbeiter-Museums geht hervor, daß bei Glazern durch Handtierung mit Glasertit, bei Warmopolierern durch Benützung von Bleispähnen zum Polieren, ähnlich bei Sägnern (Töpfern), sodann auch bei Installateuren und Schlossern durch deren Beschäftigung an Bleirohren sich leichtere Bleierkrankungen einstellen können.

Weiter kommen als besonders gefährdete Berufe die sogenannten Staubberufe in Betracht, bei denen Angehörigen sich infolge fortgesetzter Staubeinatmung schwere Lungenveränderungen, die sogenannten Staublungen, bilden. Die Beeinflussung der Lunge ist, je nach der Staubart, eine verschiedenartige, aber in jedem Falle eine gefährliche.

In der genannten Sammlung sind unter Glas solche Staubproben und daneben die mit solchem Staub durchsetzten Lungen zur Schau gestellt, um anschaulich zu zeigen, wie Staubaub, Kohlenstaub, Tabakstaub, Eisenstaub usw. die Lungen entsprechend färbt, zerfrisst oder verhärtet. Noch deutlicher, auffälliger und mannigfacher wird das alles an vorzüglichen Präparaten wissenschaftlicher Institute dargestellt, die in der eigens zu diesem Zwecke gebildeten wissenschaftlichen Fachgruppe Bauarbeiterhygiene zusammengetragen worden sind. Eine von Professor Dr. Sommerfeld bearbeitete Abtheilung zeigt den frassen Unterschied zwischen normalen und verschiedenartig erkrankten Lungen. Unter den erkrankten Lungen befinden sich die typische Steinlunge, die Kohlenlunge, die Schleiserlunge und verschiedene von der Tuberkulose arg mitgenommene Lungen. Besonders ist dem trüben Kapitel der Lungenerkrankungen, insbesondere der Lungentuberkulose, nochmals eingehende Beachtung geschenkt durch Präparate, durch Röntgenaufnahmen und verschiedene Abbildungen, die von der Medizinischen Klinik und dem Pathologischen Institut an der Universität Leipzig, vom Hygienischen Institut in Halle a. S. und von der Anatomie des Johannstädter Krankenhauses in Dresden geliefert worden sind. Die vom Johannstädter Krankenhaus zur Verfügung gestellten „aufgeblasenen Lungen“ lassen besonders gut die Entwicklung der menschlichen Lungen vom Kindes bis zum Greisenalter und ihre Beeinflussung durch die unreine Luft der Großstadt wie durch Staub und andere berufliche Nachteile erkennen.

Nicht allein Stein- und Metallstaub, auch Holzstaub, besonders wenn er von giftigen Hölzern herührt, kann den menschlichen Organen gefährlich werden. Staubjammern-Lungen sind denn auch wiederholt in der wissenschaftlichen Gruppe anzutreffen und man gewinnt davon den Eindruck, daß die Staubarten sehr mannigfaltig sind; teilweise lassen sogar Farbe und Gestalt eine gewisse Vermutung über die Gefährlichkeit solchen Staubes zu. Knochenbrüche und Zerreißen innerer Organe bilden eine häufige Folge von Unfällen auf Bauten

Auch hier ist in der Ausstellung manches zu sehen. Von Professor Küstler-Leipzig liegt eine Sammlung menschlicher Knochen aus, die geheilte Knochenbrüche aufweist, während Professor Geipel-Dresden überhaupt durch Unfälle entstandene Knochenbrüche zeigt. Hierher gehören auch die zerbrochenen Schädel, die vom Pathologischen Institut in Leipzig und von der Unterrichtsanstalt für Staatsarzneikunde der Berliner Universität der Ausstellung zur Verfügung gestellt worden sind. Die beiden letztgenannten Institute haben gemeinsam mit der gerichtsarztlichen Untersuchungsanstalt der Universität Göttingen verschiedene durch Unfälle zerrissene innere Organe: Magen, Herz, Leber, Nieren, Darm usw. zur Ausstellung gebracht. Die Ärzte sprechen von „prächtigen Exemplaren“, jedem anderen Menschen kann es schwellen werden, wenn er hier sieht, auf welche traurige Ursache hin so mancher brave Arbeiter unter qualvollen Schmerzen sein Leben ausgehaucht hat. Sie, deren Glieder hier gezeigt werden, sind alle nicht mehr unter den Lebenden; mancher hat noch jahrelang unter den Unfallfolgen geliebt, die ihm dann um so schmerzlicher sein mußten, wenn er weder bei den Versicherungsbehörden noch bei den Ärzten Glauben hierfür fand. Da steht neben einem eingedrücktten Schädel das gebrochene, dann aber zusammengeheilte Schlüsselbein eines Bauarbeiters, der bis zu seinem Ende über Schmerzen geklagt hat, ohne daß jemand, da die Ärzte an ihm nichts Ungewöhnliches feststellen konnten, seinen Klagen Glauben schenkte. Er galt eben als Simulant. Erst als der Mann gestorben war, konnte festgestellt werden, daß das Schlüsselbein schiefe zusammengewachsen war und für den Mann auf jeden Fall hinderlich und schmerzhaft gewesen sein muß! Ergänzt wird diese Sammlung von Brüchen und Zerreißungen durch zahlreiche Röntgenaufnahmen von Verletzungen bei Bauarbeiten, ausgestellt von Dr. Buchbinder und von Professor Payer in Leipzig.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Laktin in den Werftarbeiterstreiks wird in der am Freitag beginnenden außerordentlichen Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes eingehend besprochen werden. Die letzte Nummer der Metallarbeiter-Zeitung vom 9. August bringt zwei Zuschriften von Hamburger Mitgliedern, die die Laktin der Hamburger Werftarbeiter zwar nicht direkt verteidigen, aber doch zu erklären versuchen. Der eine Einleger, ein Angehöriger der Hamburger Verwaltungsstelle, sagt u. a., daß die Bewegung von unten auf kam, nicht mehr zurückzuhalten war und die Werftarbeiter zur Selbsthilfe greifen mußten. Die Arbeit sei nicht gegen den Beschluß des Vorstandes niedergelegt, sondern ohne den Beschluß. Er billige zwar nicht das plötzliche Arbeitsniederlegen, verweist aber doch den Zentralvorstand darauf, daß nach einer Bestimmung des Statuts der Vorstand verpflichtet ist, alle Interessen des Verbandes gewissenhaft wahrzunehmen. Der Vorstand hätte deshalb, nachdem die Bewegung einmal eingeleitet war, nicht die Zügel am Boden schleifen lassen dürfen. Der Einleger sagt: „Und wir ahnungslosen Schafsköpfe haben immer geglaubt, daß der Erfolg einer Bewegung von den gegenseitigen Machtverhältnissen komme, dem Organisationsverhältnis und dem Eifer der Mitglieder abhängig sei. Nun wissen wir es freilich besser. Weil der Parademarsch mißglückte, deshalb ist die Schlacht verloren, jagen die Vorstände. Die Mitglieder aber schütteln den Kopf und denken, der Himmel behüte mich vor meinen Freunden.“ Der Zentralvorstandende A. Schilde gibt dazu eine kurze Erklärung, in der er darauf verweist, daß er an anderer Stelle diese Ausführungen würdigen würde. Wörtlich heißt es dann weiter: „Eins aber möchte ich schon heute bemerken. Wenn Kollege Dittmann die verschiedenen Verhandlungen, die wir auf Generalversammlungen über Laktin gehabt haben, verfolgt hätte, würde er das nicht geschrieben haben. Er würde dann, anstatt sich in der Rolle eines Verteidigers des unrichtigen Vorgehens eines Teils der Kollegen auf den Seewerften zu gefallen, der Sache mehr gebiert haben, wenn er diese Kollegen das Gedächtnis über die Anschauungen unserer Generalversammlungen in tatsächlichen Fragen aufgerichtet oder es wenigstens versucht hätte. Wenn wir mit dem Eifer alles das durchsehen könnten, was uns im Interesse unserer Mitglieder notwendig erscheint, brauchen wir überhaupt keine Organisation. Darüber zu streiten, erscheint mir an dieser Stelle müßig.“

Aus Nah und Fern.

Ertrunken. Der Operettentenor Sturmfeld aus Leipzig und Kammerlänger Leo Elzaf hatten auf dem Tegernisee eine Seealpartie unternommen. Das Boot kenterte. Sturmfeld ertrank, während sich Elzaf durch Schwimmen retten konnte.

Rachekaff. In dem Heibelberg benachbarten Kirchheim ist in der vergangenen Nacht der Zimmergeselle Kochert von dem Küfer Weisel mit einem Jagdgewehr erschossen worden. Das Motiv der Tat ist in jahrelanger Feindschaft zu suchen.

Krieg im Frieden. Beim Scharfschießen auf dem Truppenübungsplatz des 11. Armeekorps in Ohrdruf wurden durch das Dröhnen der Schüsse mehrere Gespanne des 55. Artillerieregiments scheu und gingen durch. Eine Anzahl Kanoniere warf sich den Pferden entgegen; dabei wurden fünf schwer verletzt und einer lebensgefährlich.

Mord. Auf der Rheinwiese bei Hohenhuberg wurde eine mit Grasschneiden beschäftigte Frau von zwei Strolchen überfallen und in den Rhein geworfen. Die Frau konnte sich mit Mühe wieder herausheulen, um Hilfe rufen und den herbeieilenden Verwandten den Vorgang erzählen; dann starb sie. Von den Tätern wurde bisher nur der eine ergriffen.

Ein betrügerischer Oberleutnant. Der dem Wiener Korpskommando zugeteilt gewesene Oberleutnant Trimmel vom 58. Infanterieregiment ist, der „Bösischen Zeitung“ zufolge, nach Unterschlagung von 10 000 Kronen geflüchtet.

Berners Polar-Expedition. Das Blatt Eidenstegen erhielt folgendes Telegramm aus Spitzbergen, 5. August: Lerner traf heute morgen hier ein. An Bord des „Dövenstjold“ erreichte er am 5. Mai auf dem Nordostlande das Nordkap. Hier blieb er vom Eise eingesperrt sechs Wochen lang und benutzte diese Zeit zu Schlittenreisen. Von Schröderstrang hat er keine Spur gefunden. Der „Dövenstjold“ ging zu Grunde, aber Lerner bildete mit der abgemusterten Mannschaft eine neue Expedition. Er hatte reichlich Proviant, drei Schiffsboote und neun Hunde. Es wurde eine Bootsfahrt vom Nordkap nach Treurenberg beschlossen. In vierzehntägiger schwerer Arbeit wurde die Ausrüstung der Expedition von acht Teilnehmern auf drei Schlitten gebracht. Eine Fahrt von 22 Stunden mit einigen Stunden Ruhe brachte Lerner nach Treurenberg, von wo aus Starud seit dem 17. Juni vergebens versuchte, das Nordkap zu erreichen. Als Lerner ankam, war es Starud gerade gelungen, den „Herzog Ernst“ wieder flott zu machen. Lerner schickte seine Mannschaft an Bord und beide Expeditionen versuchten vergebens durch die Hinlopenstraße Green Harbour zu erreichen. Starud hielt weitere Nachforschungen auf dem Nordostland für überflüssig. Man hielt es für das sicherste, den Landweg zu wählen, um die Bismarckstraße zu erreichen, wo man am 1. August ankam. Lerner versprach dem Schiffer des „Herzog Ernst“ 1000 Kronen, wenn er das Schiff innerhalb einer Woche nach Green Harbour bringen könne. Die Südpassage war unmöglich, worauf der Schiffer das Schiff in vier Tagen über die Nordküste dorthin brachte.

Ein Pfarrer als hehzigfacher Sittlichkeitsverbrecher. Die sächsische Gendarmarie im Verein mit der böhmischen Grenzgendarmarie hat in den letzten Tagen auf den Höhen und in den Schluchten des Erzgebirges Jagd auf den 50 Jahre alten Pfarrer Knotek, den „Seelsofger“ des kleinen sächsisch-böhmischen Kirchdorfes Göhren im Erzgebirge gemacht, ohne daß es ihr gelang, den Geistlichen ausfindig zu machen. Der Verfolgte hatte, wie die Gendarmarie festzustellen vermochte, eine fast unzugängliche Schlucht als Zufluchtsort gegen seine Verfolger gewählt. Als ihm aber in den letzten Tagen die Nahrungsmittel ausgingen, trieb ihn der Hunger aus seinem Versteck heraus. Er wagte sich weiter ins Land hinein, kam nach Komotau, und hier ereilte ihn am Montag sein Schicksal. Er wurde erkannt und verhaftet. Über die Verbrechen, die Pastor Knotek an mehr als hehzig Schulmädchen im Alter von zwölf bis vierzehn Jahren verübt hat, werden folgende Einzelheiten bekannt: Pfarrer Knotek amtierte bis vor vier Jahren in Oshag. Während seiner Amtstätigkeit tauchten wiederholt Gerüchte von sittlichen Verfehlungen des Geistlichen in der Gemeinde auf, die Knotek aber immer wieder zu zerstreuen wußte. Schließlich nahm sich jedoch die Staatsanwaltschaft der Sache an. Der Pfarrer wurde in Untersuchungshaft genommen, aber nach kurzer Zeit wieder entlassen und das Verfahren eingestellt. Knotek wurde nach Göhren verlegt, und hier trieb er es ärger denn zuvor. Seit seinem Dienstantritt im Jahre 1909 hat er sich an nicht weniger als hehzig Mädchen im Alter von zwölf bis vierzehn Jahren in schwerster Weise vergangen.

Eine grandiose Skandalaffäre beschäftigt gegenwärtig wieder einmal Paris und Frankreich. Jean Deperdussin, der Besitzer einer der bekanntesten französischen Flugwerke, ist verhaftet worden. Deperdussin, der in der Pariser Gesellschaft eine führende Rolle spielt und in flugsportlichen Kreisen das größte Ansehen genöß, wurde im Auftrag einer großen Bank am Dienstag morgen im Bett verhaftet, als er im Begriff stand, von einer Reise nach Belgien sich für einige Stunden auszuruhen. Der Flieger und Flugzeug-

erbauer hat bei der Gesellschaft ein Darlehn über mehrere Millionen Frank unter angeblich falschen Angaben über seine Vermögenslage aufgenommen. Auch eine große Zahl anderer Gläubiger meldet sich nunmehr, so daß eine in mehrere Millionen gehende Schuldsomme herauskommt. Deperdussin steht im Alter von 45 Jahren und stammt aus vornehmer Familie; er ist Ritter der Ehrenlegion. Die Verhaftung Deperdussins hängt nach seinen Meldungen allem Anschein nach nicht direkt mit seinen gegenwärtigen Unternehmungen zusammen. Sie erfolgte auf eine Strafanzeige des Präsidenten der Banque Comptoire Industrielle et Coloniale, für deren Rechnung Deperdussin seit etwa 16 Jahren Seiden-Gin- und Verkäufe im Betrage von 4 Millionen vorgenommen hat. Deperdussin soll durch fiktive Käufe und Verkäufe die genannte Bank um 32 Millionen geschädigt haben. Es heißt, daß noch mehrere andere Banken gegen Deperdussin strafrechtlich vorgehen wollen, die er auf ähnliche Weise wie die Banque Comptoire Industrielle et Coloniale um sieben bis acht Millionen geschädigt haben soll. — Deperdussin verwandte das Geld teilweise zur Errichtung von Flugzeugfabriken und Fliegerschulen und zum Ankauf von Flugplätzen. Er lebte auf sehr großem Fuße und kistete erst kürzlich einen Preis von 100 000 Frank für das Gordon-Bennett-Rennen. Der Aero-Club wird zweifellos die bei ihm zu diesem Zwecke hinterlegten Papiere dem Gericht übergeben. Deperdussin soll nach mehrstündigem Verhöre seine Schuld gestanden haben. Der Untersuchungsrichter erklärte, daß gegen ihn Anklage wegen Betruges, Fälschung und Vertrauensbruch erhoben werde. Darauf wurde Deperdussin in das Untersuchungsgefängnis abgeführt.

Nach vierzehntägigem Schlaf gestorben. In Gehrden bei Jüterglück ist ein junger Mann einer Art Schlafkrankheit zum Opfer gefallen. Der Sohn der Gastwirtin Blumenthal in Gehrden bei Güterglück, der dort den Posten eines Hilfsjägers bekleidete, ist vor vierzehn Tagen nach einem plötzlichen Unwohlsein in einen tiefen Schlaf versunken, dem gestern der Tod folgte. Nur selten kamen dem Kranken kurze, lichte Augenblicke, in denen er nach Nahrung verlangte, dann aber fiel er gleich wieder, oft bevor ihm noch Speisen verabreicht werden konnten, in regungslosen Schlaf zurück. Mehrere Ärzte haben sich vergebens bemüht, die Ursache der eigentümlichen Krankheit festzustellen.

Margarinevergiftung. Nach dem Genuß von Margarine erkrankten in Wanne sieben Familien an Vergiftungsercheinungen. Die am schwersten Darniederliegenden sind Kinder, die nach dem Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Margarinevorräte sind polizeilich beschlagnahmt worden.

Ferienunfälle in England. Die Anzahl der Unglücksfälle, die die Eröffnung der diesjährigen Ferienaison kennzeichnete, ist außergewöhnlich hoch. Während der letzten drei Tage sind nahezu 40 Todesfälle aus allen Teilen des Landes gemeldet worden. Drei junge Leute ertranken beim Baden in Roter, Sunderland. John George Smith und John Keelin verschwanden plötzlich und wurden nicht mehr gesehen; sie sind wahrscheinlich durch den starken Wellengang, der zurzeit herrscht, fortgeschwemmt worden. Ein paar Minuten später fand sich ein dritter Mann namens J. Robson in Schwierigkeiten und zwei andere gingen zu seiner Unterstützung. Alle drei wurden in die See hinausgetrieben, wurden aber von einem Boot ans Land gebracht. Robson jedoch starb kurz darauf. Ein verheirateter Mann namens George Ryebale badete in der Nähe des Leuchtturms von Newport, Monmouthshire. Plötzlich verließen ihn die Kräfte und er versank. Zwei Männer schwammen zu seiner Rettung aus, konnten ihn aber nicht mehr erreichen. Einer der tragischsten Unglücksfälle ereignete sich in Hornsea in der Nähe von Hull, wo zwei Männer ihr Leben einbüßten, als sie zwei Kinder vor dem Ertrinken retten wollten, von denen eines ebenfalls in den Wellen verschwand. Fünf junge Mädchen ertranken in Strandhill, einem irländischen Badeort in der Nähe von Sligo. Alle fünf wurden von einer starken Strömung erfasst, der sie nicht gewachsen waren. Durch das Umstürzen eines Automobilomnibusses in der Nähe von Hoddesdon wurden, wie schon berichtet, drei Personen getötet und 27 verletzt. Einzelne Unglücksfälle werden aus Brighton und anderen beliebten Badeplätzen berichtet.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Scheuere mit Henkel's Bleich-Soda.

Plakate

Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungsmitteln und Genussmitteln

100 Stück von Mk. 1.— an

Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten:
Johannisstraße 16.

P D U C K

DIE NEUE QUALITÄTS-

3 Pfg.

CIGARETTE

m/Gold
m/Hohlmdst
flach

GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN
GRÖSSTE DEUTSCHE CIGARETTENFABRIK

Gratis! Gratis!

Gebe ich jeden **Freitag und Sonnabend** auf 1 Pfd. Margarine zu 70, 80 oder 90 Pfg. eine hochelegante Tasse oder eine Kaffeekanne; auf 2 Pfd. 1 Zuckerschale, 10 Bonillon-Würfel, 1 Pfd. Malzkafee oder 1 Teekanne. Ferner empfehle feinstes Palmfett per Pfund nur 58 Pfg., fr. Grassbutter, per Pfund nur 1.18 Mk., Pfannkuchen, per Pfund nur 30 Pfg., frische holl. Eier, Stück 8 Pfg. Diverse Sorten Käse zu billigsten Preisen. (5940)

H. Scheel, Beckergrube 31.

Die Arbeiter-Wardroben aus dem Spezial-Geschäft von **Lübeck Otto Albers Kohlm.** Markt 4 **10**

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

Lederhosen	2.20—6.45
Maurerhosen	2.60—6.75
Schlofferhosen	1.88—5.25
Überziehhosen	1.08—2.35
Zwirn-Hosen	1.68—3.25

leinene Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Rajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. Note Lubecan.